



Bundesministerium
für Verkehr, Bau
und Stadtentwicklung

Aktionsplan

zum „Entwicklungsplan Meer - Strategie für eine integrierte deutsche Meerespolitik“

I.	Der ganzheitliche meerespolitische Ansatz der Bundesregierung	1
II.	Strategien der Bundesministerien und der Länder	3
	1. Strategien und Maßnahmen des Bundes	3
	2. Strategien und Maßnahmen der Länder	9
III.	Übersicht über bestehende und geplante Aktivitäten	13
	0. Kurzdarstellung	15
	1. Gesetzgebungsmaßnahmen, EU-Rechtssetzungsmaßnahmen, Internationale Abkommen	22
	2. Politische Strategien	30
	3. Förderprogramm oder -titel	33
	4. Gremien	35
	5. Nachgeordnete Behörden und sonstige Organisationen	40
	6. Regelmäßige Konferenzen und Veranstaltungen	43
	7. Projekte	45
	8. Studien, Berichte, Dokumentationen	57
	9. Datenbanken	59

I. Der ganzheitliche meerespolitische Ansatz der Bundesregierung

Bei der Umsetzung des „Entwicklungsplans Meer – Strategie für eine integrierte deutsche Meerespolitik“ lässt sich die Bundesregierung von folgenden Grundsätzen leiten:

- Transparenz der unterschiedlichen Interessenlagen durch frühzeitiges Einbinden aller Betroffenen an ihren Entscheidungsprozessen.
- Alle meeresrelevanten Maßnahmen müssen auf der Basis ganzheitlicher und nachhaltiger Ansätze geplant, entschieden und evaluiert werden.
- Eine solche Gesamtbetrachtung erfordert die Entwicklung von integrativen Strukturen, interaktiven Verfahren und Instrumenten.

Der Entwicklungsplan Meer analysiert die bestehenden und absehbaren Herausforderungen, Lösungsansätze und Chancen und leitet daraus in die Zukunft gerichtete strategische Rahmenziele und politische Schwerpunkte ab.

Er bildet die politische Plattform, auf deren Grundlage staatliche und nichtstaatliche Akteure in transparente Entscheidungsprozesse und in die Weiterentwicklung von Zielen, politischen Schwerpunkten, Verfahren, Instrumenten und Projekten eingebunden werden. Dazu etabliert das BMVBS die folgenden Lenkungs- und Dialogstrukturen, die eine frühzeitige Integration der Interessen und stetige Interaktion aller Beteiligten ermöglichen.

Für die Durchführung der Einzelmaßnahmen des Aktionsplans sind die zuständigen Dienststellen der Bundesregierung verantwortlich und entsprechend der föderalen Zuständigkeiten entsprechende Stellen der Länder.

Die Länder haben ihre eigenen Meerespolitiken entwickelt.

1. Arbeits- und Entscheidungsstrukturen

- Koordinierung und Steuerung im Rahmen von Ressortbesprechungen
- Interministerielle Arbeitsgruppe
- Vernetzung aller meeresrelevanten Gremien in Deutschland
- Verknüpfung aller politischen Ebenen in Deutschland
- Nationale Maritime Konferenz durch Komponente „IMP“ anreichern

2. Verfahren

- Meerespolitische Anliegen und Erfordernisse in den Ressortpolitiken fördern und Ressortpolitiken auf ihre Auswirkungen auf das Meer hin prüfen
- Monitoring und Umsetzung des Aktionsplans
- „Meereskorridore“ in bestehenden Förderprogrammen prüfen

3. Instrumente und Projekte

- Datenbank „Integrierte Meerespolitik“ weiterentwickeln
- Verfügbarmachen aller meeresrelevanten Datenbanken
- Initiierung und Begleitung von Meeresprojekten

4. Öffentlichkeitsarbeit, Zielgruppenarbeit

- Vertretung der Bundesregierung auf dem jährlich am 20. Mai stattfindenden Europäischen Tag der Meere
- Ausrichtung des Europäischen Tags der Meere 2014 in Bremen
- Regelmäßige „Woche der Ozeane und Meere“ in Deutschland
- Aktive Beteiligung an bestehenden und geplanten Veranstaltungen wie z.B. Nautischer Abend, Messen, Meereskonferenzen
- Entwicklung von Broschüren u.a. Materialien der Öffentlichkeitsarbeit; in den Ländern auch Berücksichtigung bei der Entwicklung von Lehrplänen und Schulmaterial.

5. Bund-Länder-Zusammenarbeit

- Bund-Länder Arbeitskreis „Integrierte Meerespolitik“ mit dem Ziel: Beteiligung der Länder an der Umsetzung des Entwicklungsplans Meer gemäß Bundesratsbeschluss vom 20. Dezember 2007
- Vernetzung der Internetauftritte

6. Dialog Bund - Verbände

- Rund 40 Verbände und Organisationen wurden vom Bund in die Erarbeitung des EPM eingebunden
- Mit diesen Verbänden und Organisationen bleibt der Bund auch weiterhin im Dialog zur Integrierten Meerespolitik.

II. Strategien der Bundesministerien und der Länder

1. Strategien und Maßnahmen der Bundesministerien

Orientiert an den Schwerpunkten (Kapitel IV) verfolgt die Bundesregierung im Rahmen der verfügbaren Mittel die folgenden prioritären Maßnahmen zur Erreichung der Ziele (Kapitel III). Weitere Maßnahmen und Projekte finden sich im Anhang an diesen Aktionsplan.

1.1 Meereswissenschaft und Meeresforschung stärken, Technologische Innovation fördern

- Erforschung des Meeres als Kompartiment des globalen Erdsystems, Umsetzung des BMBF Rahmenprogramms „Forschung für nachhaltige Entwicklungen“; internationale Kooperation mit Industrie- und Schwellenländern.
- Vernetzung der deutschen Meeresforschungsinstitute, um die naturwissenschaftlichen, sozioökonomischen und rechtlichen Aspekte des Ozeans in einem multidisziplinären Ansatz umfassend zu untersuchen. Vertiefung der nationalen und internationalen Kooperation unter Einbindung des Konsortiums Deutsche Meeresforschung (KDM).
- Stärkung der europäischen Meeresforschung und der vernetzten Kooperation der europäischen Meeresforschungsinstitute im Rahmen der ERA-Net Initiativen BONUS, SeasEra und Europolar. Effizienzsteigerung bei der Nutzung der Meeresforschungsinfrastruktur durch europäische Kooperation (Ocean Facility Exchange Group, OFEG).
- Verbesserung der Wissens- und Innovationsbasis durch Weiterentwicklung von neuen Technologien und Methoden zur Erforschung und Überwachung der Meere und durch Verbesserung des Informations- und Datenmanagement.
- Förderung von maritimen Zukunftstechnologien, Tiefseeobservatorien, Tiefseetechnologien und Unterwassersystemen, alternativen Energien – insbesondere Offshore-Windenergie – und neuer Antriebstechnologien und Treibstoffe für eine umweltfreundliche Schifffahrt (vgl. auch Nationaler Masterplan Maritime Technologien).
- Entwicklung effektiver und umweltschonender Verfahren zur Nutzung neuer und bekannter mariner Ressourcen.

1.2 Die Meere nachhaltig nutzen

- Weiterentwicklung der Schifffahrtspolitik zur Stärkung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der von deutschen Unternehmen betriebenen Handelsflotte und zur Förderung von Ausbildung und Beschäftigung an Land und zur See.
- Entwicklung attraktiver und wettbewerbsgerechter wirtschaftlicher Rahmenbedingungen durch z. B. bedarfsgerechte Infrastruktur für das Seeverkehrsaufkommen, sichere Seewege, Ausbau der Seehafenhinterlandverbindung, Neuordnung der Flaggenstaatsverwaltung und innovative Informations- und Kommunikationssysteme.
- Umsetzung des Nationalen Hafenkonzpts für die See- und Binnenhäfen, eine nachhaltige klima- und umweltverträgliche Hafenpolitik für leistungsfähige Häfen.
- Stärkung der Nationalen Maritimen Konferenz als Plattform aller maritimen Akteure – Thematisierung der Integrierten Meerespolitik.
- Förderung politischer Rahmenbedingungen zur Unterstützung des Schiffbaus und Erreichung gleicher internationaler Wettbewerbsbedingungen.
- Entwicklung einer „Handlungsanweisung für den Umgang mit Baggergut an Bundeswasserstraßen (HABAG)“ durch den Bund und Abstimmung mit den Küstenländern.
- Förderung von Beschäftigung und Ausbildung durch Steigerung der Ausbildungskapazitäten für seemännische und maritime Berufe durch die maritime Wirtschaft, Verbesserung der Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten in den Unternehmen und Anpassung des deutschen Seearbeitsrechts an das Internationale Seearbeitsübereinkommen. Fortführung der Absprachen im Rahmen des Maritimen Bündnisses mit Hinblick auf Ausbildung deutscher Seeleute. Aus- und Weiterbildung von Langzeitarbeitslosen im Bereich des Hafenumschlags im Rahmen der bestehenden Fördermöglichkeiten.
- Fortführung der Verantwortung für rechtliche Rahmenbedingungen im Hinblick auf den Arbeits- und Gesundheitsschutz im Bereich maritimer Arbeitsplätze.

- Entwicklung einer nachhaltigen und ökosystemverträglichen Fischerei und Aquakultur, insbesondere im Rahmen der anstehenden Reform der Gemeinsamen EU-Fischereipolitik unter Bezugnahme auf den FAO Verhaltenskodex für verantwortungsvolle Fischerei.
- Ausbau der umweltverträglichen Offshore-Windenergienutzung sowie anderer Formen der Meeresenergie unter Beachtung und Berücksichtigung sonstiger öffentlicher Belange, bei gleichzeitigem Aufbau von entsprechenden leistungsfähigen Offshore-Stromnetzen mit ausreichend großen Interkonnektoren, um so den internationalen Handel primär von Strom aus erneuerbaren Energien zu fördern.
- Fortführung der Raumordnungsplanung zur Sicherung der Belange der wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Nutzung, der Sicherheit und Leichtigkeit der Seeschifffahrt sowie zum Schutz der Meeresumwelt.

1.3 Meeresumwelt und Klima schützen

- Integrative und effiziente Umsetzung der Europäischen Meeresstrategie-Rahmenrichtlinie (MSRL) auf nationaler, regionaler und europäischer Ebene, um bis zum Jahr 2020 „einen guten Zustand der Meeresumwelt“ zu erreichen, u. a. unter Berücksichtigung der bereits vorliegenden „Nationalen Strategie zur nachhaltigen Nutzung und zum Schutz der Meere“.
- Änderung des Wasserhaushaltsgesetzes zur Umsetzung der MSRL.
- Umsetzung der Ziele der Konvention über die Biologische Vielfalt (CBD) für ein weltweit kohärentes Netzwerk von Meeres- und Küstenschutzgebieten und Ratifizierung bzw. Implementierung weiterer internationaler Konventionen.
- Fortführung der aktiven Mitarbeit bei den Meeresübereinkommen HELCOM und OSPAR und Unterstützung ihrer Funktion als Koordinierungsplattform für die regionale Umsetzung der MSRL.
- Unterstützung des Ziels, so schnell wie möglich ein internationales Abkommen für den internationalen Seeschiffverkehr zu schließen, das die CO₂-Emissionen mit einem weltweiten marktbasieren Instrument regelt. Damit kann auch ein Beitrag geleistet werden, um die deutschen Treibhausgas-Emissionen insgesamt bis 2020 um 40 % gegenüber 1990 zu senken. Für den maritimen Sektor wurde dazu das Ziel formuliert, bis 2020 die Treibhausgase um 20 % gegenüber 2005 zu senken. Gleichwohl muss

nicht nur der IMO-Prozess mit höchster Priorität vorangebracht, sondern auch der EU-Prozess gestaltend begleitet werden, um Deutschlands Interessen bei der Suche nach ökologisch und ökonomisch zufrieden stellenden Lösungen zu wahren. In der IMO wird derzeit intensiv die Einführung einer weltweiten marktbasierter Maßnahme (MBM) zur Reduzierung von Treibhausgasemissionen aus der Seeschifffahrt debattiert. Für den Fall, dass sich die IMO bis Ende 2011 nicht auf hinreichend wirksame Maßnahmen einigt, haben EU-Rat und EU-Parlament die EU-Kommission aufgefordert, einen Vorschlag für die Einbeziehung der Emissionen der Seeschifffahrt in die Minderungsverpflichtungen der Gemeinschaft vorzulegen.

- Nationale Unterschutzstellung der von der Bundesregierung an die Europäische Kommission gemeldeten marinen Natura 2000-Gebiete (acht FFH-Gebiete).

1.4 Sicherheit der Seeverkehre, Schutz der Küstenregionen und der maritimen Infrastruktur gewährleisten

- Stetige Optimierung der maritimen Verkehrssicherung für einen sicheren und effizienten Seeverkehr und wettbewerbsfähige Seehafenanbindungen.
- Errichtung des Maritimen Sicherheitszentrums durch Bund und Länder, dessen operativer Kern - das Gemeinsame Lagezentrum See (GLZ-See) - am 1. Januar 2007 den Wirkbetrieb aufgenommen hat.
- Entwicklung eines die gesamte Ostsee abdeckendes Seeraumüberwachungssystem (SUCBAS-Netzwerk) bis 2010.
- Optimierung der Schadstoffunfallbekämpfung (Umsetzung des Bonn-Agreement-Action Plan bis 2013).
- Anpassung des Küstenschutzes an die Auswirkungen des globalen Wandels.
- Ocean Monitoring- und Vorhersagesysteme für frühzeitige Entscheidungshilfen bei Sturmfluten und anderen Naturkatastrophen.
- Fortentwicklung einheitlicher internationaler Standards zur Gefahrenabwehr.
- Kontinuierliche Fortentwicklung der in der IMO angenommenen Verkehrswegeföhrungsmaßnahmen für den sicheren Schiffsverkehr in Ost- und Nordsee (Verkehrstrennungsgebiete).

- Systematische und wiederholte Vermessung der Wassertiefen der Hauptfahrwasser und Beseitigung von Schifffahrtshindernissen.

1.5 Lebensqualität in den Küstenregionen optimieren

- Stärkung des nachhaltigen Küstentourismus.
- Erhalt des maritimen kulturellen Erbes und des Weltnaturerbes.
- Umsetzung der in 2009 verabschiedeten Rechtsverordnungen und Weiterentwicklung der maritimen Raumordnung in den Ausschließlichen Wirtschaftszonen in der Nord- und Ostsee.
- Abstimmung der unterschiedlichen Raumansprüche und Koordination der Entwicklungen im Küstenbereich entsprechend der Nationalen Strategie zum Integrierten Küstenzonenmanagement (IKZM).

1.6 Die Menschen für die Meere und ihre Bedeutung für Klima, Umwelt und Wohlstand sensibilisieren

- Europäischer Tag der Meere am 20. Mai jeden Jahres in Deutschland – gemeinsame und eigene Aktivitäten des Bundes und der Länder. Im Jahre 2014 ist Bremen der Ausrichter der zentralen europäischen Veranstaltung zum Europäischen Tag der Meere.
- Nutzung bestehender Veranstaltungen, wie z. B. Nautischer Abend, Messen, Konferenzen, Wissenschaftliche Symposien.
- Entwicklung eines durch die Bundesregierung koordinierten Kompetenzzentrums „Meerespolitik“ bestehend aus Datenbanken, einer Homepage einschließlich Kommunikationsplattform „Meerespolitik“.
- Entwicklung einer „Blauen Woche“, „Woche des Meeres“ o. ä. analog der „Grünen Woche“ (Landwirtschaft) im zeitlichen und inhaltlichen Zusammenhang mit der Nationalen Maritimen Konferenz.
- Vorstellung von Meeresforschungsprojekten.
- Entwicklung von Broschüren für Schulen, Nutzung meerespolitischer Themen zur Gestaltung von Lehrplänen.
- Information über die umweltverträgliche Nutzung der Offshore-Windenergie durch Ausstellungen auf Schiffen und an der Küste und Einbeziehung in den Tourismus.

1.7 Europäische Zusammenarbeit

- Interessenvertretung bei der Umsetzung des EU-Aktionsplans „Eine integrierte Meerespolitik für die EU“ und aktive Mitwirkung in den entsprechenden EU-Gremien (siehe im Einzelnen Kapitel VI 1).
- Konzentration der EU-Förderung der maritimen Wissenschaften in einem umfassenden Schwerpunkt innerhalb des 8. Forschungsrahmenprogramms (2014 – 2020).

1.8 Nord- und Ostseezusammenarbeit

- Umsetzung des OSPAR-Übereinkommens (Nordostatlantik).
- Umsetzung des Helsinki-Übereinkommens (HELCOM) und des entsprechenden Baltic Sea Action Plans.
- Umsetzung des Aktionsplans 2010 – 2013 des Bonn-Übereinkommens im Nordseeraum (siehe auch 1.4).
- Unterstützung bei der Entwicklung einer EU-Strategie für den Nordsee-Ärmelkanal Raum auf europäischer Ebene.
- Umsetzung des Wadden Sea Plans zusammen mit den Niederlanden und Dänemark.
- Umsetzung der meeresrelevanten Teile der EU-Ostseestrategie.
- Fortführung der Zusammenarbeit in den Programmen der Europäischen Transnationalen Zusammenarbeit.
- Einführung einer integrierten maritimen Raumplanung in der Ostseeregion (BaltSeaPlan) sowie Fortführung der Arbeit einer gemeinsamen Raumordnungs-AG von HELCOM und VASAB.
- Umsetzung der Aufgabenbeschreibung für die „Expertengruppe Meerespolitik“ im Rahmen des Council of Baltic Sea States.
- Sea Surveillance Co-operation Baltic Sea (SUCBAS), Operationalisierung des die gesamte Ostsee abdeckenden Seeraumüberwachungssystems ab 2010 (siehe auch 1.4).
- Intensivierung der Ostseeforschung im Rahmen der BONUS-Initiative.
- Ausweitung der Zusammenarbeit zur Nutzung der umweltverträglichen Wind- und Meeresenergien z. B. im Rahmen der Wind-Offshore-Kooperation von Deutschland, Dänemark, Schweden und Norwegen.

1.9 Internationale Zusammenarbeit

- Aktive Mitwirkung und Interessenvertretung in den internationalen Organisationen, wie z. B. der International Maritime Organisation (IMO), Umsetzung des MARPOL-Abkommens und des Ballastwasserabkommens unter dem Dach der IMO.
- Mitwirkung an einem internationalen Ordnungsrahmen der Meerespolitik.
- Unterstützung der Entwicklungsländer bei der Entwicklung einer integrierten Meerespolitik.
- Ratifizierung und Umsetzung internationaler Konventionen, wie z. B. der Konvention über die Biologische Vielfalt.
- Vertretung deutscher Interessen bei internationalen Konferenzen, wie z. B. der World Ocean Conference.

2. Strategien und Maßnahmen der Länder

Die norddeutschen Länder haben sich sehr frühzeitig mit den Chancen einer integrierten Meerespolitik befasst. So haben sie z. B. bereits im Jahr 2005 eine Stellungnahme zum Grünbuch „Integrierte Meerespolitik“ der Europäischen Kommission erarbeitet. Auf Ebene des Ausschusses der Regionen, der Konferenz der peripheren Küstenregionen und vor allem des Bundesrates finden sich Initiativen der Länder für integrierte meerespolitische Ansätze. Alle norddeutschen Länder nutzen sehr intensiv die Chancen transnationaler und interregionaler Zusammenarbeit in den für Deutschland wichtigen Meeresräumen Nord- und Ostsee.

2.1 Schleswig-Holstein

Im Rahmen der Landesinitiative „Zukunft Meer“ hat die Landesregierung Schleswig-Holstein bereits im Jahr 2008 einen „Maritimen Aktionsplan“ vorgelegt, der das Profil Schleswig-Holsteins als maritime Modellregion in Europa schärfen soll. Er enthält die zentralen Leitlinien, anhand derer die Landesregierung eine innovative und integrierte Meerespolitik umsetzen will. Der integrierte Ansatz der Landesinitiative bezieht sich sowohl auf die „Integrierte Meerespolitik für die Europäische Union“ als auch auf die EG-Meeresstrategie-Rahmenrichtlinie.

Die Leitlinien bestehen aus strategischen Instrumenten und Aktionsbereichen, die ökonomische, ökologische, soziale und kulturelle Elemente sowie Fragen des

Schutzes und der Sicherheit integrieren. Die Leitlinien werden in einem Aktionsplan mit konkreten Maßnahmen und Projekten unterlegt.

Link: www.zukunft-meer.schleswig-holstein.de

Die Landesregierung setzte sich im Rahmen von Konferenzen und politischen Initiativen (insbesondere beim Ostseerat und im Netzwerk der Ostseeregionen BSSSC-Baltic Sea States Subregional Cooperation) seit 2007 erfolgreich für eine gemeinsame Meerespolitik des Ostseeraums ein. Daneben wurde eine Reihe von entsprechenden Projekten im Rahmen des EU-Ostseeprogramms und von INTERREG IV Nordsee angestoßen.

Vorrangiges Ziel der Landesregierung ist die Verringerung schiffsbedingter Emissionen im Ostseeraum und damit auch der Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit der maritimen Wirtschaft im Ostseeraum.

Link: www.schleswig-holstein.de/STK/DE/Schwerpunkte/EuropaOstseepolitik/Meerespolitik/Meerespolitik_node.html

2.2 Mecklenburg-Vorpommern

Die Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern hat im Jahr 2009 einen Überblick über die maritimen Strukturen des Landes und die entsprechenden Aktivitäten der Ressorts der Landesregierung vorgelegt.

Der maritimen Prägung des Landes entsprechend sind maritime Fragestellungen regelmäßig Gegenstand von Analysen und Konzepten der Landesregierung. Sie widmen sich entweder ausschließlich spezifischen maritimen Bereichen oder behandeln diese im Kontext mit anderen Fachpolitiken.

Link: www.regierung-mv.de

2.3 Niedersachsen

Anfang 2009 hat die Niedersächsische Landesregierung einen „Überblick über die maritimen Aktivitäten der Niedersächsischen Ressorts“ vorgelegt. Er stellt die Bedeutung ausgewählter meerespolitischer Sektoren für den maritimen Standort Niedersachsen dar und ergänzt die jeweiligen Darstellungen mit ausgewählten Fördervorhaben, Maßnahmen und Projekten. Im Gegensatz zu Schleswig-Holstein und Mecklenburg ist Niedersachsen naturgemäß stärker auf die transnationale Zusam-

menarbeit im Nordseeraum hin orientiert.

Link: www.stk.niedersachsen.de

2.4 Freie Hansestadt Bremen

Der Senat der Freien Hansestadt Bremen (FHB) hat am 15. März 2011 den „Maritimen Aktionsplan der Freien Hansestadt Bremen“ beschlossen und damit das Konzept der FHB einer regionalen integrierten maritimen Politik vorgelegt. Wesentliche Grundlage für die zukünftige Entwicklung des maritimen Sektors sind danach die Nutzung der wirtschaftlichen Chancen des Standorts und die Entwicklung der Themen, die auch in Zukunft ökologisch und sozial nachhaltiges Wachstum, dauerhafte Beschäftigung und neue Arbeitsplätze erwarten lassen. Mit den Zielen, die Politikfelder der Wirtschaft, Wissenschaft, Umwelt und Arbeit strategisch zu vernetzen, die wissenschaftliche Infrastruktur als Voraussetzung für eine integrierte maritime Politik in der FHB weiterzuentwickeln und den Transfer von Forschungs- und Entwicklungsleistungen in die regionale Wirtschaft und den Klimaschutz und Schutz der Meeresumwelt durch Verzahnung von Ökologie und Ökonomie zu forcieren, legt der Maritime Aktionsplan fünf Hauptaktionsfelder fest:

1. Grüne Häfen und leistungsfähige Schifffahrt,
2. Nachhaltige Logistik und integrierte Hinterlandanbindung,
3. Maritime Technologien der Zukunft,
4. Kompetenzregion Offshore Windenergie,
5. Exzellenzstandort Meereswissenschaften.

Link: www.wirtschaft.bremen.de

2.5 Freie und Hansestadt Hamburg

Integrierte Meerespolitik ist seit 2007 ein ständiger Schwerpunkt der Hamburger Europapolitik. In der Drucksache „Europapolitische Schwerpunkte“ berichtet der Senat jedes Jahr über politische Vorhaben und Projekte im Zusammenhang mit der europäischen Meerespolitik.

Die Koordination von übergreifenden und strategischen meerespolitischen Fragen wird von der Senatskanzlei wahrgenommen. Fachlich zuständig sind insbesondere die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (BSU), die Behörde für Wirtschaft und Arbeit (BWA) sowie die Hamburger Port Authority (HPA).

Hamburg setzt deutliche Schwerpunkte in meerespolitisch bedeutsamen Fachpolitiken. Von entscheidender Bedeutung ist die Sicherung der Funktionsfähigkeit des Hamburger Hafens und der Wettbewerbsfähigkeit der maritimen Wirtschaft. Wichtige Themen sind überdies die Reduktion von Schiffsemissionen, die meeresbezogene Forschung und Lehre (insbesondere auf dem Gebiet der Klimaforschung, aber auch im seerechtlichen Bereich) sowie das Projekt „Schadstoffsanierung Elbsedimente – Elsa“. Hamburg ist zudem ein ausgewiesenes Zentrum für Forschung und Entwicklung im Bereich der Schiffs- und Meerestechnik sowie für die ingenieurwissenschaftliche Ausbildung in den Bereichen Schiffs- und Meerestechnik sowie Energie- und Umwelttechnik.

Link: www.hamburg.de/europa

III. Übersicht über bestehende und geplante Aktivitäten

(Stand: 9. Juni 2011)

Inhalt:

1. Gesetzgebungsmaßnahmen, EU-Rechtssetzungsmaßnahmen, Internationale Abkommen
2. Politische Strategien
3. Förderprogramme oder -titel
4. Gremien
5. Nachgeordnete Behörden und sonstige Organisationen
6. Regelmäßige Konferenzen und Veranstaltungen
7. Projekte
8. Studien, Berichte, Dokumentationen
9. Datenbanken

Diese Übersicht dokumentiert rund 170 aktuelle Aktivitäten, Maßnahmen, Strukturen und Projekte auf Ebene der Bundesministerien und ihrer nachgeordneten Behörden mit Bezug zur Meerespolitik in einer strukturierten Kurzdarstellung.

Sie unterteilt sich in die folgenden neun Abschnitte:

1. Gesetzgebungsmaßnahmen, EU-Rechtssetzungsmaßnahmen, Internationale Abkommen
(derzeit 29),
2. Politische Strategien
(derzeit 13),
3. Förderprogramme oder -titel
(derzeit 7),
4. Gremien
(derzeit 20),
5. Nachgeordnete Behörden oder sonstige Organisationen
(derzeit 12),
6. Regelmäßige Konferenzen und Veranstaltungen
(derzeit 12),
7. Projekte
(derzeit 52),
8. Studien, Berichte, Dokumentationen
(derzeit 8)
und
9. Datenbanken, Beobachtung und Überwachung des Meeres
(derzeit 14).

Die Übersicht wurde als gesonderte Anlage zum Entwicklungsplan Meer verfasst, um weitgehend unabhängig von dem grundlegenden Entwicklungsplan ihre regelmäßige Aktualisierung zu ermöglichen.

Die Kurzdarstellungen zu den dargestellten Aktivitäten, Maßnahmen, Strukturen und Projekten haben jeweils folgende Struktur:

- Bezeichnung,
- kurze Inhaltsbeschreibung und
- weiterführender Link oder Kontaktadresse.

Damit soll trotz der großen Zahl der Kurzdarstellungen eine schnelle Recherche im vorliegenden Text und mit dem Verweis auf den entsprechenden Link oder zu einer Kontaktadresse bei Bedarf eine weiterführende Informationsbeschaffung erleichtert werden.

	Aktivität/Organisation	fdf. zuständig
1.	Gesetzgebungsmaßnahmen, EU-Rechtssetzungsmaßnahmen, Internationale Abkommen	
1.1	Seerechtsübereinkommen (SRÜ) der Vereinten Nationen (UNCLOS)	AA
1.2	Gemeinschaftsregelung zur Überwachung der Einhaltung der Vorschriften der Gemeinsamen Fischereipolitik	BMELV
1.3	Grünbuch zur Reform der Gemeinsamen Fischereipolitik	BMELV
1.4	Verordnung (EG) Nr.1198/2006 des Rates vom 27. Juli 2006 über den Europäischen Fischereifonds (EFF)	BMELV
1.5	Europäische Wasserrahmenrichtlinie (WRRL)	BMU
1.6	Richtlinie des EP und des Rates über Umweltqualitätsnormen im Bereich der Wasserpolitik	BMU
1.7	Europäische Meeresstrategie-Rahmenrichtlinie (MSRL)	BMU
1.8	Natura 2000 in der deutschen AWZ von Nord- und Ostsee	BMU
1.9	Washingtoner Artenschutzabkommen (CITES)	BMU
1.10	Trilaterale Wattenmeerkooperation	BMU
1.11	OSPAR-Übereinkommen	BMU
1.12	Helsinki-Übereinkommen (HELCOM)	BMU
1.13	Bonner Übereinkommen zur Erhaltung der wandernden wildlebenden Tierarten	BMU
1.14	Übereinkommen zum Schutz der Wale und Delfine (ASCOBANS)	BMU
1.15	Richtlinie 1999/32/EG hinsichtlich des Schwefelgehaltes von Schiffskraftstoffen	BMU
1.16	Verordnung über die Beschaffenheit und die Auszeichnung der Qualitäten von Kraft- oder Brennstoffe (10. BImSchV)	BMU
1.17	Hohe-See-Einbringungsgesetz	BMU
1.18	Erneuerbare-Energien-Gesetz	BMU
1.19	Seesicherheits-Untersuchungs-Gesetz	BMVBS
1.20	Raumordnungspläne für die deutsche Ausschließliche Wirtschaftszone (AWZ)	BMVBS
1.21	Übereinkommen zur Zusammenarbeit bei der Bekämpfung von Meeresverschmutzungen der Nordsee durch Öl und andere Schadstoffe (Bonn)	BMVBS
1.22	Internationale Seeschiffahrtsorganisation (IMO)	BMVBS
1.23	MARPOL-Übereinkommen	BMVBS
1.24	Ballastwasserübereinkommen	BMVBS
1.25	EU-Richtlinie 2002/59: Gemeinschaftliches Überwachungs- und Informationssystem für den Schiffsverkehr; zuletzt geändert durch RL 2009/17 vom 23.04.2009	BMVBS
1.26	Seeaufgabengesetz, Sicherheit und Leichtigkeit des Seeverkehrs	BMVBS
1.27	Maritimes Bündnis - Beschäftigung und Ausbildung	BMVBS
1.28	Maritime Sicherheit und Seeraumüberwachung	BMVBS
1.29	Verkehrssicherungskonzept „Deutsche Küste“	BMVBS

	Aktivität/Organisation	fdf. zuständig
1.30	Sea Surveillance Co-operation Baltic Sea (SUCBAS)	BMVg
1.31	Internationales Seearbeitsübereinkommen	BMAS
2.	Politische Strategien	
2.1	Nationale Strategie zur nachhaltigen Nutzung und zum Schutz der Meere (Nationale Meeresstrategie)	BMU
2.2	HELCOM - Baltic Sea Action Plan	BMU
2.3	OSPAR	BMU
2.4	BALTIC21	BMU
2.5	Trilateraler Wattenmeerplan	BMU
2.6	Nationale Strategie zur biologischen Vielfalt	BMU
2.7	Globales, repräsentatives Netzwerk von Meeresschutzgebieten auf Hoher See	BMU
2.8	Nationale Strategie für ein Integriertes Küstenzonenmanagement	BMU
2.9	Deutsche Anpassungsstrategie an den Klimawandel	BMU
2.10	Nationaler Masterplan Maritime Technologien	BMW i
2.11	Leitlinien für einen „Entwicklungsplan Meer“	BMVBS
2.12	Eine integrierte Meerespolitik für die EU, Blaubuch und darauf aufbauender Aktionsplan der Europäischen Kommission, KOM(2007)575	BMVBS
2.13	Nationales Hafenkonzzept für die See- und Binnenhäfen	BMVBS
2.14	Europäische Strategie für die Meeresforschung und die maritime Forschung	BMBF
3.	Förderprogramme oder -titel	
3.1	ERP-Umwelt- und Energieeffizienzprogramm innerhalb des Förderschwerpunktes Binnenschiffe und Küstenmotorschiffe	BMU
3.2	„Blauer Engel“ für den umweltfreundlichen Schiffsbetrieb	BMU
3.3	Der Europäische Fischereifonds (EFF)	BMELV
3.4	Förderprogramm „Schifffahrt und Meerestechnik für das 21. Jahrhundert“	BMW i
3.5	Förderprogramm „Innovativer Schiffbau sichert wettbewerbsfähige Arbeitsplätze“	BMW i
3.6	Förderprogramm „Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der maritimen Wirtschaft“	BMW i
3.7	Nationales Innovationsprogramm Wasserstoff- und Brennstoffzellentechnologie	BMW i
3.8	Rahmenprogramm „Forschung für nachhaltige Entwicklung“	BMBF
3.9	Programme der Europäischen Transnationalen Zusammenarbeit	
4.	Gremien	
4.1	International: London Konvention/London Protokoll	BMVBS
4.2	Im Rahmen der regionalen Zusammenarbeit in Nord- und Ostsee:	
4.2.1	Helsinki-Übereinkommen zum Schutz der Meeresumwelt der Ostsee (HELCOM) und seine Fachgremien	BMU
4.2.2	OSPAR-Übereinkommen zum Schutz der Meeresumwelt des Nordostatlantiks	BMU

	Aktivität/Organisation	fdf. zuständig
	(OSPAR) und seine Fachgremien	
4.2.3	Trilaterale Regierungszusammenarbeit zwischen Deutschland, Dänemark und den Niederlanden zum Schutz des Wattenmeer-Ökosystems	BMU
4.3	Zur Umsetzung der Meeresstrategie-Rahmenrichtlinie	BMU
4.4	Zur nationalen Umsetzung meeresschutzrelevanter Fragen:	
4.4.1	Bund/Länder-Ausschuss Nord- und Ostsee (BLANO)	BMU
4.4.2	Arbeitsgemeinschaft Bund/Länder Messprogramm (ARGE BLMP)	BMU
4.5	Fachbeirat für aquatische genetische Ressourcen beim BMELV	BMELV
4.6	Lenkungsgruppe und Task Force „Nationaler Masterplan Maritime Technologie“	BMW i
4.7	Arbeitsgruppe „LeaderSHIP Deutschland“	BMW i
4.8	Im Rahmen der „Integrierten Meerespolitik“:	
4.8.1	Interministerieller Arbeitskreis „Integrierte Meerespolitik“	BMVBS
4.8.2	Member State Experts on Maritime Policy (EU-Kommission)	BMVBS
4.8.3	High Level Focal Points – hochrangige Arbeitsgruppe im Ministerrat zu „Integrierter Meerespolitik“	BMVBS
4.8.4	Expertengruppe „Meerespolitik“ im Ostseerat der Außenminister	BMVBS
4.8.5	Bund-Länder-Arbeitsgruppe „Integrierte Meerespolitik“	BMVBS
4.8.6	Dialog zwischen BMVBS und Verbänden zu „Integrierter Meerespolitik“	BMVBS
4.8.7	Arbeitsgruppe „Meerespolitik“ der Subregionen im Ostseeraum	BMVBS
4.8.8	Arbeitsgruppe „Integrierte Meerespolitik“ der Ostseeparlamentarierkonferenz	BMVBS
4.9	Im Rahmen der maritimen Sicherheit:	
4.9.1	Ressortarbeitskreis "Maritime Sicherheit"	BMVBS
4.9.2	Bund-Länder-Ausschuss zur Schadstoffunfallbekämpfung	BMVBS
4.10	Im Rahmen Seeverkehr:	
4.10.1	MARPOL-Arbeitsgruppe der Küstenländer mit dem Bund	BMVBS
4.10.2	Seeverkehrsbeirat	BMVBS
4.10.3	Maritimes Forum Klima und Umwelt	BMVBS
5.	Nachgeordnete Behörden oder sonstige Organisationen	
5.1	Umweltbundesamt	BMU
5.2	Bundesamt für Naturschutz	BMU
5.3	Bundesanstalt für Strahlenschutz	BMU
5.4	Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE)	BMELV
5.5	Fischereibiologische Institute des Johann Heinrich von Thünen-Instituts	BMELV
5.6	Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe	BMW i
5.7	Deutsche Zentrale für Tourismus (DZT)	BMW i
5.8	Forschungszentrum Jülich/Projekträger	BMW i, BMBF, BMU
5.9	Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle	BMW i

	Aktivität/Organisation	fdf. zuständig
5.10	Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie	BMVBS
5.11	Bundesanstalt für Gewässerkunde	BMVBS
5.12	Association of the Geological Surveys of Europe (EuroGeoSurveys)	BMVBS
5.13	Wasser- und Schifffahrtsverwaltung (WSV)	BMVBS
6.	Regelmäßige Konferenzen und Veranstaltungen	
6.1	Meeresschutz-Symposium beim BSH	BMU
6.2	Weltwassertag	BMU
6.3	Baltic Sea Day	BMU
6.4	World Ocean Day/Tag des Meeres am 08. Juni	BMU
6.5	Internationale Conferences on Progress in Marine Conservation in Europe	BMU
6.6	Germany Travel Mart	BMWi
6.7	Rostocker Hafenkonferenz, Ostsee-Tourismus-Gipfel	BMWi
6.8	Nationale Maritime Konferenzen	BMWi, BMVBS
6.9	Nautischer Abend	BMVBS
6.10	Deutscher Seeschifffahrtstag (alle drei Jahre)	BMVBS
6.11	Europäischer Tag der Meere (jährlich am 20. Mai)	BMVBS
6.12	World Maritime Day (jährlich)	BMVBS
7.	Projekte	
7.1	„Umsetzung der Agenda 21 in europäischen Seehäfen am Beispiel Lübeck-Travemünde“	BMU
7.2	Entwicklungs- und Erprobungsvorhaben zur Wiederansiedlung des Europäischen Störs	BMU
7.3	EcoRegion	BMU
7.4	SPIN	BMU
7.5	Bioenergy Promotion	BMU
7.6	BALTADAPT	BMU
7.7	SUB-MARINER	BMU
7.8	SUGAR	BMWi
7.9	HTS - Hoch-Temperatur-Supraleitende (HTS) Synchronmaschinen für den Einsatz im Schiffbau	BMWi
7.10	EMI-MINI - Halbierung der Schadstoffemissionen bei großen Schiffsdieselmotoren im Schweröl-Common-Rail-Betrieb	BMWi
7.11	FAME - Sauerstoff- und Kraftstoffmanagement zur Erreichung von IMO III	BMWi
7.12	GasPax - Installation von gasgetriebenen Hauptantriebsanlagen auf Passagierschiffen, Ro-Ro-Passagierschiffen und Mega-Yachten	BMWi
7.13	RedoMiR - Minimierung der Brand- und Gesundheitsgefahr von Ölnebel in Havari-situationen	BMWi
7.14	ADOPTMAN - ADvanced Planning for OPTimised Conduction of Coordinated MA-Noeuvres in Emergency Situations	BMWi

	Aktivität/Organisation	fdf. zuständig
7.15	IRO - : Eis-Routen-Optimierung - eine Voraussetzung für einen wirtschaftlichen Transport auf dem Nördlichen Seeweg	BMWi
7.16	ISUP - Integrated Systems for Underwater Production of Hydrocarbons	BMWi
7.17	QulnLas - Qualitätsgerechte 3-D-Laser Schweißbearbeitung innovativer Schiffskonstruktionen	BMWi
7.18	PowerVR - : Prozessorientierte wettbewerbsfähigkeitssteigernde Entwicklung eines Rahmenkonzepts schiffbaulicher VR-Anwendung	BMWi
7.19	LeiSe - Leichtbaukomponenten für Schiffselemente	BMWi
7.20	Geopotenzial Deutsche Nordsee	BMWi
7.21	Demonstrationsprojekt Marine Mineralische Rohstoffe (DMMR) – Pilotphase	BMWi
7.22	Pilotprojekt im Nord- und Ostseeraum zur Entwicklung einer grenzüberschreitenden und sektorübergreifenden Seeraumüberwachung	BMVg, BMVBS/BSH
7.23	e4ships	BMVBS/BSH
7.24	Clean Baltic Sea Shipping	BMWi, BMVBS
7.25	BaltSeaPlan	BMVBS/BSH
7.26	Northern Maritime University	BMVBS/BSH
7.27	Northsea Ballast Water Opportunity	BMVBS/BSH
7.28	SA Innovator II: Ballastwater	BMVBS/BSH
7.29	KLIWAS	BfG
7.30	FINO	BSH
7.31	RAVE	BSH
7.32	Ökologische Begleitforschung am Offshore-Windenergiefeld alpha ventus	BSH
7.33	DeMarine-Umwelt	BSH
7.34	ECOOP	BSH
7.35	EURO ARGO	BSH
7.36	Shelf Geo-Explorer – Ausbau zu einem Baugrundinformationssystem für die deutsche Nord- und Ostsee	BSH
7.37	Aufbau von integrierten Modellsystemen zur Analyse der langfristigen Morphodynamik in der Deutschen Bucht	BSH
7.38	Geopotenzial Deutsche Nordsee	BSH
7.39	BLAST – Bringing Land and Sea together	BSH
7.40	BONUS (Baltic Organisation Network for Funding Science)	BMBF
7.41	Projekt KUNTIKUM	BMBF
7.42	Nordatlantik	BMBF
7.43	BIOACID - Biologische Auswirkungen der Ozeanversauerung	BMBF
7.44	SOPRAN II (Surface Ocean Processes in the Anthropocene)	BMBF
7.45	Match-Mismatch: Klimawandel in der Nordsee, Match-Mismatch-Phänomene im pelagischen Nahrungsnetz	BMBF
7.46	ECODRIVE: Ecosystem Change in the North Sea: Processes, Drivers, Future	BMBF

	Aktivität/Organisation	fdf. zuständig
	Scenarios	
7.47	MIMAS- Die Rolle von Mikroorganismen im marinen Stoffkreislauf	BMBF
7.48	Regionale Anpassungsstrategien für die deutsche Ostseeküste (RADOST)	BMBF
7.49	IKZM Oder: Forschung für ein Integriertes Küstenzonenmanagement in der Odermündungsregion	BMBF
7.50	IKZM Westküste Schleswig-Holstein: Forschung für ein integriertes Küstenzonenmanagement - Zukunft Küste	BMBF
7.51	HoRisk: Hochwasser-Risikomanagement für den Küstenraum	BMBF
7.52	COSYNA: Coastal Observing System for Northern and Arctic Seas	Helmholtz-Gemeinschaft
7.53	MARSUNO	BMI
8.	Studien, Berichte, Dokumentationen	
8.1	Umweltrelevante Fragen der Schifffahrt	BMU
8.2	Vorhaben und Gutachten zu Aspekten des Meeresschutzes	BMU
8.3	Environmentally Sound Fishery Management in Protected Areas (EMPAS)	BMU
8.4	Vorhaben und Gutachten zu naturschutzrelevanten Fragestellungen	BMU
8.5	Studie zur wirtschaftlichen Lage, zu neuen wettbewerblichen Herausforderungen und zur Entwicklung zukunftsfähiger Strukturen der deutschen Schiffbauindustrie	BMW i
8.6	Stärkung der deutschen meeres-technischen Wirtschaft im internationalen Wettbewerb und Vorbereitung des Nationalen Masterplans Maritime Technologien	BMW i
8.7	Dokumentation Nr. 580 „Sechste Nationale Maritime Konferenz“	BMW i
8.8	Jahresbericht des Flottenkommandos „Fakten und Zahlen zur maritimen Abhängigkeit der Bundesrepublik Deutschland“	BMVg
8.9	Land-Oceans Interactions in the Coastal Zone (LOICZ)	
9.	Datenbanken, Beobachtung und Überwachung des Meeres	
9.1	Google Ocean	
9.2	EMODNET - European Marine Observation and Data Network	BMVBS
9.3	European Atlas of the Sea	BMVBS
9.4	GEOSS - Global Earth Observation System of Systems	BMVBS
9.5	EurOcean – Internet portal (www.eurocean.org) Marine Science and	BMBF
9.6	Research	BMVBS
9.7	GMES - Global Monitoring for Environment and Security	BMVBS, BSH
9.8	ECOOP – Integration der europäischen Beobachtungsnetzwerke	BMVBS, BSH
9.9	SeaDataNet – Pan-Europäische Informationsstruktur zum Manage-	BMVBS BSH
9.10	ment mariner Daten	BMU
9.11	DOD – Deutsches Ozeanographisches Datenzentrum (BSH)	BMVBS BSH
9.12	MUDAB – Meeresumweltdatenbank	BMVBS BSH

	Aktivität/Organisation	fdf. zuständig
9.13	Shelf Geo-Explorer – Fachdatenbank des BSH über Meeresgeologie, Baugrundeigenschaften, Sedimentdynamik in Nord- und Ostsee	BMVBS, BSH
9.14	Integrierte Meerespolitik, Datenbank und Kommunikationsplattform des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung	BMVBS
9.15	CoastDat In Zeit und Raum hoch aufgelöste Datensätze der vergangenen 50 Jahre von meteorologischen und ozeanographischen Größen für den Nordostatlantik inkl. Nord- und Ostsee sowie Szenarien von deren zukünftiger Entwicklung; entwickelt vom Helmholtz-Zentrum Geesthacht Link/Kontakt: www.coastdat.de .	

1. Gesetzgebungsmaßnahmen, EU-Richtlinien, Internationale Abkommen

Auswärtiges Amt

1.1 Seerechtsübereinkommen (SRÜ) der Vereinten Nationen (UNCLOS)

Das SRÜ von 1982 als „Verfassung der Meere“ teilt die Meeresgebiete in unterschiedliche Zonen auf, in denen dem Küstenstaat differenziert ausgeprägte Regelungs- und Durchsetzungsbefugnisse zuerkannt werden: Küstenmeer, Innere Gewässer, Ausschließliche Wirtschaftszone (AWZ), Festlandsockel.

Die seevölkerrechtlichen Bestimmungen geben damit den rechtlichen Rahmen für die nationale Ausgestaltung der unterschiedlichen Nutz- und Schutzansprüche auf dem Meer vor.

Die Präambel des SRÜ spricht davon, dass „Probleme der Meeresräume eng miteinander verknüpft sind und als Ganzes betrachtet werden müssen“ und dass die Verwirklichung der Ziele des SRÜ's zur „Verwirklichung einer gerechten und ausgewogenen internationalen Wirtschaftsordnung beitragen wird“.

Link/Kontakt: www.un.org/Depts/los/conventions-agreements/convention

Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Fischereiliche Maßnahmen sind Regelungsgegenstand der Gemeinsamen Fischereipolitik (GFP) der EU. Folgende Gemeinschaftsvorhaben sind in diesem Zusammenhang aufzuführen:

1.2 Gemeinschaftsregelung zur Überwachung der Einhaltung der Vorschriften der Gemeinsamen Fischereipolitik

Zur Sicherstellung der Einhaltung der Vorschriften der Gemeinsamen Fischereipolitik wurde Ende 2009 die so genannte „Fischereikontrollverordnung“ erlassen (VO (EG) Nr. 1224/2009 des Rates vom 20.11.2009). Die Verordnung gilt in weiten Teilen seit dem 01.01.2010. Mit ihr wurde das Fischereikontrollsystem der EU reformiert mit dem Ziel einer wirksameren Fischereikontrolle, harmonisierter Sanktionen und der EU-weiten Nutzung moderner Technologien. Zur Durchführung dieser Verordnung auf nationaler Ebene sind nun die erforderlichen Regelungen zu treffen (insbesondere Zuständigkeiten, Verfahren, Bußgeldvorschriften).

Link/Kontakt: www.ec.europa.eu/fisheries/cfp/control

1.3 Grünbuch zur Reform der Gemeinsamen Fischereipolitik

Am 22.04.2009 hat die EU-Kommission (Dok. KOM(2009) 163 endg.) ein Grünbuch zur Reform der Gemeinsamen Fischereipolitik (GFP) vorgelegt. Für die Mitgliedstaaten und Interessengruppen bestand bis zum 31.12.2009 die Möglichkeit, Stellung zum Grünbuch zu nehmen. Anfang 2011 sollen umfassende Legislativtexte vorgelegt werden mit dem Ziel, diese 2012 zu verabschieden. Wichtig für Deutschland ist eine grundlegende Neuausrichtung der GFP am Prinzip der Nachhaltigkeit, insbesondere

durch ein modernes Fischerei-Management und wirksamere Maßnahmen zur Vermeidung von Rückwürfen unter Beibehaltung des Prinzips der relativen Stabilität.

Link/Kontakt: www.ec.europa.eu/fisheries/reform/index

1.4 Verordnung (EG) Nr.1198/2006 des Rates vom 27. Juli 2006 über den Europäischen Fischereifonds (EFF)

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

1.5 Europäische Wasserrahmenrichtlinie (WRRL)

Die Wasserrahmenrichtlinie ist mit dem 7. Gesetz zur Änderung des Wasserhaushaltsgesetzes im Juni 2002 in Bundesrecht umgesetzt worden. Diese Regelungen wurden in der Novelle des WHG übernommen, die am 01.03.2010 in Kraft getreten ist. Im WHG sind Regelungen für den guten ökologischen Zustand der 1-Seemeilenzone und den guten chemischen Zustand der 12-Seemeilenzone in den Küstengewässern enthalten.

Link/Kontakt: www.bmu.de/gewaesserschutz/downloads/doc/46271.php

1.6 Richtlinie des EP und des Rates über Umweltqualitätsnormen im Bereich der Wasserpolitik

Richtlinie 2008/105/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Dezember 2008 über Umweltqualitätsnormen im Bereich der Wasserpolitik und zur Änderung und anschließenden Aufhebung der Richtlinien des Rates 82/176/EWG, 83/513/EWG, 84/156/EWG, 84/491/EWG und 86/280/EWG sowie zur Änderung der Richtlinie 2000/60/EG ist am 13. Januar 2009 in Kraft getreten. Mit der neuen Tochterrichtlinie werden für die 33 prioritären Stoffe harmonisierte Umweltqualitätsnormen aufgestellt, um ein hohes Schutzniveau für die Umwelt und die Gesundheit zu erreichen. Um die Effizienz der Umsetzung in den Mitgliedstaaten weiter zu verbessern, hat sich die Kommission verpflichtet, nach Inkrafttreten der Richtlinie so rasch wie möglich Leitlinien für ihre Umsetzung festzulegen.

Link/Kontakt: www.bmu.de/gewaesserschutz/europa

1.7 Europäische Meeresstrategie-Rahmenrichtlinie (MSRL)

Die MSRL wurde am 17. Juni 2008 beschlossen und wird gegenwärtig in nationales Recht umgesetzt (betrifft Regelungen darüber hinaus in der AWZ (200 Seemeilenzone)); sie bildet die sog. Umweltsäule der integrierten europäischen Meerespolitik.

Link/Kontakt: www.ec.europa.eu/environment/water/marine/index_en.htm.

1.8 Natura 2000 in der deutschen AWZ von Nord- und Ostsee

Entsprechend der europäischen Richtlinie 92/43/EWG vom 21. Mai 1992 zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen (Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie/FFH-RL) und der europäischen Richtlinie 79/409/EWG des Rates vom 2. April 1979 über die Erhaltung der wildlebenden Vogelarten (Vogelschutzrichtlinie/VS-RL) sind die Mitgliedstaaten verpflichtet, das europäische Schutzgebietsnetz Natura

2000 zu schaffen. Das Natura 2000-Schutzgebietssystem hat das Ziel der Erhaltung und die Wiederherstellung der biologischen Vielfalt an Land und im Meer. An Land und innerhalb der Territorialgewässer (12 Seemeilenzone) sind die Länder zuständig, im Bereich der Ausschließlichen Wirtschaftszone (AWZ), die sich seewärts der 12-Seemeilenzone anschließt und maximal bis 200 Seemeilen reicht, ist der Bund verantwortlich. Am 25. Mai 2004 hat Deutschland der EU-Kommission 10 Natura 2000-Gebiete in der deutschen AWZ von Nord- und Ostsee gemeldet. Zwei der Gebiete zum Schutz von Seevögeln sind seit September 2005 als nationales Naturschutzgebiet bzw. internationales Besonderes Schutzgebiet (Special Protected Area - SPA) ausgewiesen. Die acht FFH-Gebiete wurden im November 2007 von der Europäischen Kommission als Gebiete gemeinschaftlicher Bedeutung (Site of Community Importance – SCI) anerkannt und sind mit Veröffentlichung im Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaft im Januar 2008 rechtskräftig geworden.
Link/Kontakt: www.habitatmare.de

1.9 Washingtoner Artenschutzabkommen (CITES)

Das Washingtoner Artenschutzabkommen berücksichtigt zunehmend marine Arten und trägt durch die Überwachung des internationalen Handels mit gefährdeten Arten auch die lebenden Meeresressourcen.
Link/Kontakt: www.bfn.de/0305_cites.html

1.10 Trilaterale Wattenmeerkooperation

Die „Trilaterale Regierungskooperation zum Schutz des Wattenmeeres“ zwischen Deutschland, Dänemark und den Niederlanden (kurz: Trilaterale Wattenmeerkooperation) besteht seit 1978. Sie basiert auf der Überzeugung, dass das Wattenmeer ein gemeinsamer einzigartiger Naturraum von internationaler Bedeutung ist. Das 1991 gemeinsam definierte Leitbild („guiding principle“) für das Wattenmeer sieht die natürliche Entwicklung des Ökosystems vor, in dem so weit wie möglich natürliche Prozesse ungestört ablaufen können. Kernstück der Trilateralen Wattenmeerkooperation sind die alle 3 - 4 Jahre stattfindenden Regierungskonferenzen, auf denen die zuständigen Minister eine gemeinsame Erklärung unterzeichnen.

1.11 OSPAR-Übereinkommen

Die OSPAR-Vertragsparteien treffen alle nur möglichen Maßnahmen, um Verschmutzungen im Nordostatlantik zu verhüten und zu beseitigen. Sie unternehmen alle notwendigen Schritte zum Schutz des Meeresgebietes vor den nachteiligen Auswirkungen menschlicher Tätigkeiten, um die menschliche Gesundheit zu schützen, die Meeresökosysteme zu erhalten und, soweit durchführbar, beeinträchtigte Meereszonen wiederherzustellen.
Link/Kontakt: www.ospar.org

1.12 Helsinki-Übereinkommen (HELCOM)

Die HELCOM-Vertragsparteien treffen alle nur möglichen Maßnahmen, um Verschmutzungen in der Ostsee zu verhüten und zu beseitigen. Sie unternehmen alle notwendigen Schritte zum Schutz des Meeresgebietes vor den

nachteiligen Auswirkungen menschlicher Tätigkeiten, um die menschliche Gesundheit zu schützen, die Meeresökosysteme zu erhalten und, soweit durchführbar, beeinträchtigte Meereszonen wiederherzustellen. Das Abkommen bezieht darüber hinaus Umweltauswirkungen der Schifffahrt sowie notwendige Bekämpfungsmaßnahmen ein.

Link/Kontakt: www.helcom.fi/

1.13 Bonner Übereinkommen zur Erhaltung der wandernden wildlebenden Tierarten

Es hat sich u. a. auch gefährdeter wandernder **mariner** Arten angenommen, wie fast allen Stör- und einigen Haiarten.

Link/Kontakt: www.cms.org

1.14 Übereinkommen zum Schutz der Wale und Delfine (ASCOBANS)

Kleinwale werden in Ost- und Nordsee durch das Übereinkommen zum Schutz der Wale und Delfine (ASCOBANS) zusätzlich geschützt.

Link/Kontakt: www.ascobans.org

1.15 Richtlinie 1999/32/EG hinsichtlich des Schwefelgehalts von Schiffskraftstoffen

Auf EU-Ebene steht mittelfristig eine weitere Novelle der Richtlinie 1999/32/EG hinsichtlich des Schwefelgehalts von Schiffskraftstoffen an. In der Novelle wird es insbesondere darum gehen, das europäische Recht an die von der IMO beschlossene Reduktion von Schwefelgehalt im Schiffskraftstoff für SO_x-Emissions-Überwachungsgebieten anzupassen.

Link/Kontakt: www.eur-lex.europa.eu/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2005:191:0059:0069:DE:PDF

1.16 Verordnung über die Beschaffenheit und die Auszeichnung der Qualitäten von Kraft- oder Brennstoffe (10. BImSchV)

Die o. a. Richtlinie (1.14) wird auf nationaler Ebene durch die Verordnung über die Beschaffenheit und die Auszeichnung der Qualitäten von Kraft- oder Brennstoffe (10. BImSchV) umgesetzt. Sie regelt unter anderem, wie hoch der maximale Schwefelgehalt von Schiffskraftstoffen sein darf, die in Deutschland in Verkehr gebracht werden dürfen. Im Rahmen der nationalen Umsetzung der Änderung der Kraftstoffqualitätsrichtlinie wurde der maximale Schwefelgehalt beim Gasöl im Bereich der Binnenschifffahrt zum 1. Januar 2011 von 1000 ppm auf 10 ppm abgesenkt.

Link/Kontakt:

http://bundesrecht.juris.de/bundesrecht/bimschv_10_2010/gesamt.pdf

1.17 Hohe-See-Einbringungsgesetz

führt das Protokolls vom 7. November 1996 zum Übereinkommen über die Verhütung der Meeresverschmutzung durch das Einbringen von Abfällen und anderen Stoffen von 1972 - Hohe-See-Einbringungsgesetz – aus. Das Gesetz regelt die Einbringung oder Einleitung von Stoffen in die Hohe See. Aufgrund der Verabschiedung des sog. London-Protokolls bedarf es der

Aktualisierung. Das Gesetz wird durch die Hohe-See-Einbringungsverordnung ergänzt.
Link/Kontakt: www.bundesrecht.juris.de/hoheseeeinbrg/

1.18 Erneuerbare-Energien-Gesetz

Gesetz für den Vorrang erneuerbarer Energien vom 25. Oktober 2008 (BGBl. I S. 2074) zuletzt geändert durch Art. 12 G v.22.12.2009 I 3950.
Link/Kontakt:
www.gesetze-im-internet.de/bundesrecht/eeg2009/gesamt.pdf

Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

1.19 Seesicherheits-Untersuchungs-Gesetz

Das Deutsche Seesicherheits-Untersuchungs-Gesetz (SUG) baut auf dem von der IMO 1997 entwickelten Code für die Untersuchung von Unfällen und Vorkommnissen auf See auf. Es regelt die Zuständigkeit der Bundesstelle für Seeunfalluntersuchung (BSU) für die Untersuchung von Unfällen auf Seeschiffen aller Flaggen, die sich innerhalb des deutschen Hoheitsgebietes ereignen.
Link/Kontakt: www.bundesrecht.juris.de/sug/

1.20 Raumordnungspläne für die deutsche Ausschließliche Wirtschaftszone (AWZ)

Am 26. September 2009 trat die Rechtsverordnung des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung über die **Raumordnung in der deutschen Ausschließlichen Wirtschaftszone (AWZ) in der Nordsee** in Kraft. Die Rechtsverordnung, die auf § 18a Raumordnungsgesetz von 1998 basiert, legt Ziele und Grundsätze der Raumordnung hinsichtlich der wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Nutzung, hinsichtlich der Gewährleistung der Sicherheit und Leichtigkeit der Seeschifffahrt sowie zum Schutz der Meeresumwelt fest. Angesichts der zunehmenden Nutzungskonflikte auf dem Meer, insbesondere zwischen der sich entwickelnden flächenintensiven Offshore-Windenergienutzung und dem Meeresumweltschutz sowie den herkömmlichen Nutzungen wie der Fischerei und der Schifffahrt, bedarf die Entwicklung der AWZ einer nachhaltigen und integrativen Betrachtung. Belange der militärischen Verteidigung, für welche aus rechtlichen Gründen zurzeit keine eigenständigen Festlegungen getroffen werden können, werden bei den o. a. Festlegungen koordinierend berücksichtigt. Die entsprechende Rechtsverordnung über die Raumordnung in der AWZ in der Ostsee trat im Dezember 2009 in Kraft.
Link/Kontakt: www.bmvbs.de/Raumentwicklung-,1501.1046145/Raumordnungsplan-fuer-die-AWZ.htm

1.21 Übereinkommen zur Zusammenarbeit bei der Bekämpfung von Meeresverschmutzungen der Nordsee durch Öl und andere Schadstoffe (Bonn)

Das Übereinkommen regelt die weitere Zusammenarbeit im Fall einer größeren Meeresverschmutzung. Die Vertragsparteien überwachen die Zonen

in ihrem Verantwortungsbereich; darin eingeschlossen ist eine koordinierte Luft- und Satellitenüberwachung. Im Bonn Agreement Action Plan (2010 – 2013) werden Maßnahmen entwickelt, die aus einer gemeinsamen Vision und strategischen Zielen im Bereich der Notfallvorsorge sowie Vermeidung und Bekämpfung von Meeresverschmutzungen abgeleitet werden. Voraussichtlich im November 2010 soll der „Bonn Agreement Action Plan“ offiziell verabschiedet werden.
Link/Kontakt: www.bonnagreement.org/

1.22 Internationale Seeschiffahrtsorganisation (IMO)

167 Mitgliedstaaten sind in der IMO organisiert und decken 98 % der Welt-handels-Schiffstonnage ab. Die IMO organisiert die Zusammenarbeit ihrer Mitgliedstaaten in fachlichen Angelegenheiten der Handelsschifffahrt. Dabei sollen die Staaten insbesondere auf die allgemeine Annahme möglichst hoher Normen hinsichtlich der Sicherheit auf See, der Abwehr äußerer Gefahren (Security), der Leistungsfähigkeit der Schifffahrt und der Verhütung der Meeresverschmutzung durch Schiffe hinwirken. Die herausragenden Regelwerke zur Erreichung dieser Ziele sind das Internationale Übereinkommen von 1974 zum Schutz des menschlichen Lebens auf See (SOLAS) und das Übereinkommen zur Verhütung der Meeresverschmutzung durch Schiffe 1973/78 (MARPOL). Beide Übereinkommen werden fortlaufend entsprechend der technischen Weiterentwicklung angepasst. Darüber hinaus verabschiedete die Organisation zentrale Übereinkommen für Haftungs- und Schadensfälle im Bereich der Seeschifffahrt, zur Bekämpfung rechtswidriger Handlungen auf See und zum Meeresumweltschutz.
Link/Kontakt: www.imo.org/home

1.23 MARPOL-Übereinkommen

Inkraftsetzung der revidierten Anlage VI des MARPOL-Übereinkommens zur stufenweisen drastischen Reduzierung von Schadstoffemissionen (SO_x, NO_x, Partikel).

Eine Submission der Ostseeanrainer zur Änderung der MARPOL Anlage IV (Schiffsabwässer) wird vorbereitet. Ziel ist es, die Einrichtung von Sondergebieten (ECA`s) zu ermöglichen, um einen Beitrag zur Reduzierung der Eutrophierung der Meere zu leisten.

Link/Kontakt:

www.bsh.de/Vorlagen/ressources/Druckversion.jsp?_PRINTPAGE_=yes&_PRINTOID_=15935

1.24 Ballastwasserübereinkommen

Die Ratifizierung des Ballastwasserübereinkommens wird durch das BMVBS angestrebt. Deutschland hat sich im Baltic Sea Action Plan von Helcom zusammen mit den anderen Ostsee-Anrainern zur Ratifizierung des Übereinkommens bis 2013 politisch verpflichtet.

Link/Kontakt:

www.bsh.de/de/Meeresdaten/Umweltschutz/Ballastwasser/index.jsp

1.25 EU-Richtlinie 2002/59: Gemeinschaftliches Überwachungs- und Informationssystem für den Schiffsverkehr; zuletzt geändert durch RL 2009/17 vom 23.04.2009

Ziel dieser Richtlinie ist es, zur Erhöhung der Sicherheit und Leichtigkeit des Seeverkehrs in der Gemeinschaft ein Überwachungs- und Informationssystem für den Schiffsverkehr einzurichten, um die Reaktionsfähigkeit der Behörden auf Vorkommnisse, Unfälle u. a. auf See zu verbessern und zu einer besseren Verhütung und Aufdeckung von Verschmutzungen durch Schiffe beizutragen.

Link/Kontakt: www.eur-lex.europa.eu/Notice.do?checktests=checkbox

1.26 Seeaufgabengesetz, Sicherheit und Leichtigkeit des Seeverkehrs

Dem Bund obliegt die Erhaltung der Leistungsfähigkeit der Seehäfen, die Abwehr von Gefahren für die Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs sowie die Verhütung von der Seeschifffahrt ausgehender Gefahren und schädlicher Umwelteinwirkungen u. a.

Link/Kontakt: www.bundesrecht-juris.de/bseeschg/

1.27 Maritimes Bündnis - Beschäftigung und Ausbildung

Das Schwerpunktthema „Ausbildung und Beschäftigung“ ist eine Daueraufgabe des Monitorings im Rahmen des Maritimen Bündnisses. Für die Koordinierung der maritimen Ausbildung auf der Fach- und Fachhochschulebene gibt es die „Ständige Arbeitsgemeinschaft der Küstenländer für das Seefahrtbildungswesen – StAK“, in der die Wissenschafts- und Kultusressorts der Küstenländer für eine abgestimmte maritime Bildungspolitik zusammenwirken. BMVBS ist ständiger Gast der StAK. Seit 2008 nehmen der Verband Deutscher Reeder (VDR) und ver.di regelmäßig an den StAK-Sitzungen teil. Darüber hinaus gibt es die „Berufsbildungsstelle Seeschifffahrt e.V. – BBS“, die als zuständige Stelle die Berufsausbildung zum Schiffsmechaniker überwacht. Gleichzeitig ist die BBS zuständig für die Information über die seemännische Berufsausbildung für interessierte Bewerber sowie ausbildende Unternehmen. Mitglieder der BBS sind der Bund (BMVBS), die Küstenländer sowie die Sozialpartner (VDR und ver.di). Durch diese Struktur ist die Zukunftsfähigkeit des deutschen Seefahrtbildungswesens gewährleistet. Voraussetzung dafür ist - wie in den vergangenen Jahren - eine vertrauensvolle Zusammenarbeit aller Beteiligten, zum Beispiel im Maritimen Bündnis.

Link/Kontakt: www.berufsausbildung-see.de

1.28 Maritime Sicherheit und Seeraumüberwachung

Zur Maritimen Sicherheit und zur Seeraumüberwachung sind im Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung die folgenden Kompetenzen verankert: Maritimes Sicherheitszentrum, Schadstoffunfallbekämpfung, Notschleppkonzept, Notliegeplatz.

Am 1. Januar 2007 hat das Gemeinsame Lagezentrum See (GLZ-See) in Cuxhaven seinen Betrieb aufgenommen. Damit wurde ein bedeutender

Meilenstein auf dem Weg zum Maritimen Sicherheitszentrum erreicht. Das GLZ-See ist der operative Kern des MSZ, einer flexiblen und schlagkräftigen Organisation für die Seeraumüberwachung, zur Verbesserung der Gefahrenabwehr und des Unfallmanagements. Im GLZ-See arbeiten die operativen Kräfte des Bundes und der Küstenländer für maritime Sicherheit unter einem Dach eng zusammen:

Das Maritime Lagezentrum des Havariekommandos, die Leitstelle der Bundespolizei, des Zolls und der Fischereiaufsicht, die WSP-Leitstelle der Küstenländer und die Koordinierungsstelle der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung.

Link/Kontakt: www.bmvbs.de/Verkehr/Wasser-,1476/Maritime-Notfallvorsorge

1.29 Verkehrssicherungskonzept „Deutsche Küste“

Für die Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs sind die Wasser- und Schifffahrsdirektionen Nord und Nordwest im Küstenbereich zuständig. In Erfüllung dieser Aufgaben wurde das Verkehrssicherungskonzept „Deutsche Küste“ entwickelt, das einer ständigen Aktualisierung und Fortschreibung unterliegt. Das Sicherheitskonzept des Bundes differenziert nach Präventiv-, Bekämpfungs- und Repressivmaßnahmen. Die tragenden Säulen bilden die Vermeidung von Schiffsunfällen sowie die Minimierung und Bekämpfung bereits eingetretener Schäden nach Schiffsunfällen.

Link/ Kontakt: Wasser- und Schifffahrsdirektion Nord (www.wsd-nord.wsv.de) und Nordwest (www.wsd-nordwest.wsv.de)

Bundesministerium der Verteidigung

1.30 Sea Surveillance Co-operation Baltic Sea (SUCBAS)

Ein die gesamte Ostsee abdeckendes Seeraumüberwachungssystem. Das SUCBAS-Netzwerk hat bereits im April 2009 seinen Betrieb aufgenommen und im Juni 2010 den Status FOC (Full Operation Capability - vollständige Einsatzbereitschaft) erreicht.

SUCBAS ist eine internationale Kooperation von Anrainerstaaten der Ostsee und der Ostseezugänge mit dem Ziel, das Lagebild und den Informationsaustausch in Bezug auf die maritime Sicherheit in der Ostsee zu verbessern. Aktuell nehmen neben Deutschland Dänemark, Estland, Finnland, Lettland, Litauen, Polen und Schweden an der Kooperation teil.

SUCBAS ist ein Konzept der Zusammenarbeit und kein System. Es liegt in der jeweils nationalen Verantwortung der einzelnen SUCBAS-Partner, die für einen systemunterstützten Informationsaustausch erforderlichen Komponenten zu realisieren. Es sind keine zentralen Komponenten vorgesehen. SUCBAS sieht nur die Einigung auf gemeinsame Dienste und dazugehörige Schnittstellendefinition vor.

SUCBAS versteht sich als „Baltic Node“ im europäischen Gesamtkonzept. In diesem Sinne wurde SUCBAS im Rahmen des informellen Treffens der EU Verteidigungsminister am 28. September 2009 in Göteborg (SWE) erstmalig vorgestellt. Nicht zuletzt aufgrund der bereits geleisteten Grundsatzarbeiten (CONOPS, SOP) und der Tatsache, dass ein Informationsaustausch zwischen den Partner zwischenzeitlich zur Tagesroutine gehört, ist SUCBAS beispielgebend und international anerkannt; so auch durch die Europäische Kommission in ihrem Blaubuch

„Eine integrierte Meerespolitik für die Europäische Union“ vom Oktober 2007.

Link/Kontakt:

www.tse.fi/FI/yksikot/erillislaitokset/pei/Documents/bre2009/339%203-2009.pdf

Bundesministerium für Arbeit und Soziales

1.31 Internationales Seearbeitsübereinkommen (MLC)

Das Seearbeitsübereinkommen von 2006 (MLC) der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) fasst 65 maritime Übereinkommen und Empfehlungen der ILO zusammen. Es schafft weltweite Mindeststandards im Bereich der Arbeits- und Lebensbedingungen der Seeleute. Es bedeutet einen wichtigen Schritt zur Erhöhung der Schiffssicherheit und zur Gewährung einheitlicher Wettbewerbsbedingungen in der Seeschifffahrt. In Deutschland werden die geltenden Rechtsvorschriften an die Anforderungen der MLC zur Herstellung verbindlicher arbeits- und sozialrechtlicher Mindeststandards für Seeleute in der Seeschifffahrt angepasst, soweit das geltende Seearbeitsrecht diese nicht bereits vorsieht.

Link/Kontakt:www.ilo.org

2. Politische Strategien

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

2.1 Nationale Strategie zur nachhaltigen Nutzung und zum Schutz der Meere (Nationale Meeresstrategie)

Mit der Nationalen Meeresstrategie wird ein ausgewogenes Gesamtkonzept vorgestellt, das besondere nationale Interessen und Kompetenzen herausarbeitet und nationale Politikziele definiert, Wege zu deren Erreichung aufzeigt und konkrete Handlungsvorschläge verbunden mit Zeithorizonten formuliert. Die Bundesregierung hat sich das Ziel gesetzt, bis 2020 den guten Zustand der Meeresumwelt unserer Meeresgewässer in Nord- und Ostsee bis zur Grenze der deutschen Ausschließlichen Wirtschaftszone (AWZ) zu bewahren oder - wenn nötig - zu erzielen. Dies fordert auch die Europäische Meeresstrategie-Rahmenrichtlinie (MSRL). Die Nationale Meeresstrategie ist ein wichtiger Baustein der Bundesregierung für die zukünftige integrierte deutsche Meerespolitik.

Link/Kontakt:

www.bmu.de/meeresumweltschutz/meeresschutzstrategien/deutschland/doc

2.2 HELCOM - Baltic Sea Action Plan

Der integrative Politikansatz spielt auch im Rahmen der regionalen Zusammenarbeit im Meeresschutz eine immer größere Rolle. Der von HELCOM im November 2007 verabschiedete „Baltic Sea Action Plan“ (BSAP) stellt einen Maßnahmenkatalog dar, der in den Bereichen Eutrophierung, Biodiversität, gefährliche Stoffe sowie maritime Tätigkeiten konkrete Vor-

gaben für die Vertragsstaaten macht. Der Vorgabe der MSRL folgend, soll der BSAP die Grundlage für einen regionalen Aktionsplan für die Ostseeregion bilden.

Link/Kontakt: www.helcom.fi/

2.3 OSPAR

Als Einstieg in einen umfassenden Ökosystemansatz erprobt OSPAR in der Nordsee ein System von ökologischen Qualitätszielen. Soweit dies möglich ist, soll dieses System nun auf andere Regionen des OSPAR-Meeresschutzgebiets übertragen werden. Die Qualitätsziele befassen sich mit wesentlichen Elementen der Tier- und Pflanzenwelt und der Lebensräume der Meere. OSPAR wird, nicht zuletzt im Lichte der MSRL, auf der Basis einer Bewertung des bisher Erreichten im Rahmen des Qualitätszustandsberichtes (QSR 2010) und derzeit laufender Bewertungen des bisher Erreichten, im September 2010 auf Ministerebene eine umfassende Überprüfung und Neuorientierung seiner Meeresschutzpolitik vornehmen.

Link/Kontakt: www.ospar.org

2.4 BALTIC21

Baltic21 setzt sich als gut entwickeltes Netzwerk von Regierungs- und Nichtregierungsorganisationen für eine umweltverträgliche und nachhaltige Entwicklung im Ostseeraum ein. Seit 1. Januar 2010 ist Baltic21 in die Strukturen des Ostseerates als Expertengruppe „Nachhaltige Entwicklung Baltic21“ eingegliedert und wird zukünftig verstärkt projektorientiert arbeiten. Die inhaltliche Ausgestaltung erfolgt über vier strategische Felder: Klimawandel, nachhaltige städtische und ländliche Entwicklung, Nachhaltige Produktion und Konsum sowie Öko-Innovationen und Bildung.

Link/Kontakt: www.cbss.org/Environment/creating-a-sustainable-baltic-sea-region

2.5 Trilateraler Wattenmeerplan

Der trilaterale Wattenmeerplan ist der gemeinsame Managementplan für das Wattenmeerkooperationsgebiet sowie für das Weltnaturerbegebiet.

2.6 Nationale Strategie zur biologischen Vielfalt

Die „Nationale Strategie zur biologischen Vielfalt“ enthält u. a. eine Reihe von Zielen und Maßnahmen zum Schutz und zur nachhaltigen Nutzung der biologischen Vielfalt im marinen Bereich.

Link/Kontakt: www.biologischevielfalt.de

2.7 Globales, repräsentatives Netzwerk von Meeresschutzgebieten auf Hoher See

Die Konvention über die biologische Vielfalt (CBD) hat zum Ziel, den Schutz und die nachhaltige Nutzung der biologischen Vielfalt im Meer zu fördern. Hierzu haben die Vertragsstaaten ein umfassendes Arbeitsprogramm zur biologischen Vielfalt der Küsten und Meere beschlossen. Ein besonderes Augenmerk gilt dabei dem weltweiten Schutzgebietsnetz auf

den Meeren. Bislang ist weniger als 1 % der weltweiten Meeresfläche insgesamt unter Schutz gestellt, auf der „Hohen See“ (Areas beyond national jurisdiction - ABNJ) gibt es bislang sogar kein einziges Schutzgebiet. Bei der 9. Vertragsstaatenkonferenz des Übereinkommens über die biologische Vielfalt im Mai 2008 in Bonn ist es gelungen, internationale Kriterien für die Ausweisung von ökologisch besonders wertvollen Schutzgebieten in der „Hohen See“ zu verabschieden. Damit ist die Staatengemeinschaft dem übergeordneten Ziel der Schaffung eines globalen, repräsentativen Netzwerkes von Meeresschutzgebieten bis 2012 ein großes Stück näher gekommen, indem nunmehr auch die Voraussetzungen geschaffen wurden, das Weltmeer jenseits nationaler Zuständigkeitsgrenzen einzubeziehen.
Link/Kontakt: www.cbd.int/marine/

2.8 Nationale Strategie für ein Integriertes Küstenzonenmanagement

Die vom Europäischen Parlament im Mai 2002 verabschiedete Empfehlung zur Umsetzung einer Strategie für ein Integriertes Management der Küstengebiete in Europa bildet den Rahmen für die im Frühjahr 2006 vom Kabinett beschlossene und der Europäischen Kommission übersandte nationale IKZM-Strategie. Sie ist vor allem als informeller und freiwilliger Ansatz zu verstehen, der durch gute Information, Kommunikation, Partizipation, Koordination und Integration aller Akteure – unter Beachtung des Ökosystemansatzes - eine nachhaltige Entwicklung des Küstenbereichs unterstützen will. Die Mitteilung KOM (2007)308 vom 7. Juni 2007 der Europäischen Kommission bittet die Mitgliedstaaten, bis zum 31.12.2010 Fortschrittsberichte für den Zeitraum 2006-2010 vorzulegen.
Link/Kontakt: www.ikzm-strategie.de

2.9 Deutsche Anpassungsstrategie an den Klimawandel

Diese Strategie hat diverse Bezüge zum Meeresschutzbereich. Die nationale Klimaschutzinitiative leistet einen wichtigen Beitrag zur Erreichung des deutschen Klimaziels. Die Bundesregierung hat sich das ehrgeizige Ziel gesetzt, die Treibhausgasemissionen bis zum Jahr 2020 gegenüber 1990 um 40 % zu senken. Dafür hat das Kabinett am 5. Dezember 2007 das „Integrierte Energie- und Klimaschutzprogramm der Bundesregierung“ beschlossen.

Link/Kontakt:

www.bmu.de/klimaschutz/anpassung_an_den_klimawandel/doc/42781.php

Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie

2.10 Nationaler Masterplan Maritime Technologien

Der Nationale Masterplan Maritime Technologien wird zur Unterstützung der Entwicklung der meeres-technischen Industrie in den nächsten Jahren vorbereitet. Ziel ist die Erarbeitung von Empfehlungen für eine künftige abgestimmte maritime Technologiepolitik von Bund und Ländern sowie die Bündelung der Kernkompetenzen von Wirtschaft und Wissenschaft durch stärkere Vernetzung und Bildung von Clustern. Zur Vorbereitung wurde im Mai 2009 eine Studie vergeben.

Link/Kontakt: www.bmwi.de/BMWi/Navigation/Wirtschaft/branchenfokus

Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

2.11 Leitlinien für einen „Entwicklungsplan Meer“

im Rahmen einer integrierten deutschen Meerespolitik wurden am 1. April 2009 beschlossen. Sie bilden die strategischen Grundlagen für den vorliegenden „Entwicklungsplan Meer“.

Link/Kontakt: ref-ws16@bmvbs.bund.de

2.12 Eine integrierte Meerespolitik für die EU, Blaubuch und darauf aufbauender Aktionsplan der Europäischen Kommission, KOM(2007)575

wurde am 10.10.2007 angenommen, siehe Kapitel II.2. Am 15.10.2009 hat die Europäische Kommission einen Fortschrittsbericht zur Umsetzung des EU-Aktionsplans vorgelegt.

Link/Kontakt: www.ec.europa.eu/maritimeaffairs

2.13 Nationales Hafenkonzept für die See- und Binnenhäfen

wurde von der Bundesregierung am 17.06. 2009 angenommen, siehe Kapitel IV.2

Link/Kontakt:

www.bmvbs.de/dokumente/-,302.1067343/Artikel/dokument.htm

Bundesministerium für Bildung und Forschung

2.14 Europäische Strategie für die Meeresforschung und die maritime Forschung

Die Mitteilung der Kommission vom 03.09.2008 zielt auf eine integrierte, dynamische europäische Forschung, um kohärente Ansätze für die Ausschöpfung des gesamten wirtschaftlichen Potentials der Meere im Rahmen eines ökosystembasierten Konzeptes zu finden.

Link/Kontakt:

www.eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=CELEX

3. Förderprogramme oder -titel

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

3.1 ERP-Umwelt- und Energieeffizienzprogramm innerhalb des Förderschwerpunktes Binnenschiffe und Küstenmotorschiffe

Das Umweltbundesamt unterstützt die KfW-Bank bei der Betreuung des ERP-Umwelt- und Energieeffizienzprogramm innerhalb des Förderschwerpunktes Binnenschiffe (gilt auch für Küstenmotorschiffe).

Link/Kontakt: www.kfwfoerderbank.de

3.2 „Blauer Engel“ für den umweltfreundlichen Schiffsbetrieb

Das Umweltbundesamt vergibt gemeinsam mit dem RAL den „Blauen Engel“ für den umweltfreundlichen Schiffsbetrieb. „Blauer Engel“ für den Schiffsbau („Schiffsdesign“) ist in Vorbereitung.

Link/Kontakt:

www.blauerengel.de/de/produkte_marken/produktsuche/produkttyp.php?id=192

Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

3.3 Der Europäische Fischereifonds (EFF)

Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie

3.4 Förderprogramm „Schifffahrt und Meerestechnik für das 21. Jahrhundert“

Förderprogramm für Forschung und Entwicklung und Innovation in Schiffbau und Meerestechnik.

Link/Kontakt:

<http://www.bmwi.de/BMWi/Navigation/Wirtschaft/branchenfokus,did=169612.html>

3.5 Förderprogramm „Innovativer Schiffbau sichert wettbewerbsfähige Arbeitsplätze“

Gefördert werden die Kosten innovativer Schiffsprototypen und die erstmalige Anwendung schiffbaulicher Innovationen.

Link/Kontakt:

http://www.bafa.de/bafa/de/wirtschaftsfoerderung/innovativer_schiffbau/index.html

3.6 Förderprogramm „Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der maritimen Wirtschaft“

Projekte und Maßnahmen von Unternehmen der deutschen Werft- und Schiffbauzulieferindustrie sowie der meerestechnischen Industrie (siehe 3. Tiert nachfolgender Internetseite).

Link/Kontakt:

<http://www.bmwi.de/BMWi/Navigation/Wirtschaft/branchenfokus,did=284364.html>

3.7 Nationales Innovationsprogramm Wasserstoff- und Brennstoffzellentechnologie

Das nationale Innovationsprogramm Wasserstoff- und Brennstoffzellentechnologie erfasst auch Schiffsantriebe.

Link/Kontakt:

<http://www.bmwi.de/BMWi/Navigation/Wirtschaft/branchenfokus,did=284364.html>

Bundesministerium für Bildung und Forschung

3.8 Rahmenprogramm „Forschung für nachhaltige Entwicklung“

In diesem Programm sind Forschungsarbeiten zu den verschiedenen marinen Bereichen zusammengefasst. Schwerpunkte sind das Meer als Klimafaktor und Ökosystem, marine Ressourcen, Meeres- und Überwachungstechnik sowie Küstenzonenmanagement und Küsteningenieurwesen.

Link/Kontakt: www.fz-juelich.de/ptj/meeresforschung/

Bundesministerium für Verkehr, Transport und
Stadtentwicklung/Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie

3.9 Programme der Europäischen Transnationalen Zusammenarbeit

In den für Deutschland relevanten Meeresregionen Nord- und Ostsee werden seit 1997 transnationale Programme durchgeführt, die von der Europäischen Union mit finanziert werden: INTERREG IV B Nordseeprogramm 2007 – 2013; Ostseeprogramm 2007 – 2013.

Link/Kontakt: www.interreg-nordsee und www.eu.baltic.net

4. Gremien

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

4.1 International:

London Konvention/London Protokoll (IMO) über die Verhütung der Meeresverschmutzung durch das Einbringen von Abfällen und anderen Stoffen von 1972 mit seinen Konferenzen und Fachgremien.

Link/kontakt: www.imo.org/home

4.2 Im Rahmen der regionalen Zusammenarbeit in Nord- und Ostsee:

4.2.1 Helsinki-Übereinkommen zum Schutz der Meeresumwelt der Ostsee (HELCOM) und seine Fachgremien.

Link/Kontakt: www.helcom.fi

4.2.2 OSPAR-Übereinkommen zum Schutz der Meeresumwelt des Nordostatlantiks (OSPAR) und seine Fachgremien.

Link/Kontakt:www.ospar.org

4.2.3 Trilaterale Regierungszusammenarbeit zwischen Deutschland, Dänemark und den Niederlanden zum Schutz des Wattenmeer-Ökosystems.

Link/Kontakt: www.waddensea-secretariat.org/

4.3 Zur Umsetzung der Meeresstrategie-Rahmenrichtlinie:
aktive Beteiligung in allen nachstehenden EU Gremien:

Wird aktualisiert.

4.4 Zur nationalen Umsetzung meeresschutzrelevanter Fragen

4.4.1 Bund/Länder-Ausschuss Nord- und Ostsee (BLANO)

Beteiligt sind alle Bundesressorts mit den nachgeordneten Behörden von Thünen Institut, BfN, BSH und UBA, die (Küsten-) Länder sowie je nach Bedarf die Obleute des Arbeitskreises Baggergut/ Küste (BLABAK) und der Gesprächskreise 1 (Fischerei und Umwelt), 2 (Meeres- und Küstennaturschutz) sowie 3 (Offshore Anlagen).

Link/Kontakt: Ralf Wasserthal, Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie (BSH), www.bsh.de

4.4.2 Arbeitsgemeinschaft Bund/ Länder Messprogramm (ARGE BLMP)

In der Bund/Länderzusammenarbeit spielt im Bereich Meeresschutz die ARGE BLMP eine herausragende Rolle. Sie wurde gegründet mit dem Ziel, die Zusammenarbeit der Ressorts des Bundes und der Küstenländer bei der gemeinsamen Überwachung von Nord- und Ostsee zu regeln. Gemeinsam mit BLANO unterstützt sie die Anlaufphase der Umsetzung der Meeresstrategie-Rahmenrichtlinie. Auf den gemeinsamen Sitzungen der ARGE BLMP/BLANO sowie in der Expertengruppe Meer kommen für den Meeresschutz zuständige Vertreter der Ministerien von Bund und Küstenländern sowie der nachgeordneten Dienststellen zusammen. In den Bereichen Wasser, Abfall und Naturschutz wird diese Arbeit unterstützt durch die einschlägigen Länderkooperationen LAWA, LAGA und LANA.

Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

4.5 Wissenschaftlicher Beirat für Biodiversität und genetische Ressourcen beim BMELV

Der Beirat hat die Aufgabe, das BMELV bei allgemeinen und grundsätzlichen Fragen der Erhaltung und nachhaltigen Nutzung genetischer Ressourcen zu beraten.

Link: www.bmelv.de

Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie

4.6 Lenkungsgruppe und Task Force „Nationaler Masterplan Maritime Technologie“

Der Masterplan wurde durch eine Studie vorbereitet, um die Entwicklung der meeresstechnischen Industrie zu unterstützen. Ziel ist die Erarbeitung von Empfehlungen für eine künftige abgestimmte maritime Technologiepolitik von Bund und Ländern sowie die Bündelung der Kernkompetenzen von Wirtschaft und Wissenschaft durch stärkere Vernetzung und Bildung von Clustern.

Link/Kontakt: www.bmwi.de/BMWi/Navigation/Wirtschaft/branchenfokus

4.7 Arbeitsgruppe „LeaderSHIP Deutschland“

Analyse der Ausgangssituation der deutschen Schiffbauindustrie und Verständigung auf einen Handlungsrahmen für die Unternehmen, die Sozialpartner und die Politik des Bundes und der Länder.

Link/Kontakt:

<http://www.bmwi.de/BMWi/Navigation/Service/publikationen,did=260062.html>

Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

4.8 Im Rahmen der „Integrierten Meerespolitik“:

Link/Kontakt: ref-ws16@bmvbs.bund.de

4.8.1 Interministerieller Arbeitskreis „Integrierte Meerespolitik“

4.8.2 Member State Experts on Maritime Policy (EU-Kommission)

4.8.3 High Level Focal Points – hochrangige Arbeitsgruppe im Ministerrat zu „Integrierter Meerespolitik“

4.8.4 Expertengruppe „Meerespolitik“ im Ostseerat der Außenminister

4.8.5 Bund-Länder-Arbeitsgruppe „Integrierte Meerespolitik“

4.8.6 Dialog zwischen BMVBS und Verbänden zu „Integrierter Meerespolitik“

4.8.7 Arbeitsgruppe „Meerespolitik“ der Subregionen im Ostseeraum

4.8.8 Arbeitsgruppe „Integrierte Meerespolitik“ der Ostseeparlamentarierkonferenz

4.9 Im Rahmen der maritimen Sicherheit:

4.9.1 Ressortarbeitskreis "Maritime Sicherheit"

Der Ressortarbeitskreis "Maritime Sicherheit" ist ein sich regelmäßig treffendes Gremium für eine ressortübergreifende Abstimmung der unterschiedlichen Initiativen und Anstrengungen auf dem Gebiet der Maritimen Sicherheit. Die föderale Struktur der Bundesrepublik Deutschland macht es unabdingbar, dass die nach dem Grundgesetz jeweils zuständigen Bundes- und Landesbehörden gemeinsame Anstrengungen unternehmen, um Sicherheit im maritimen Umfeld zu gewährleisten. Zu diesem Zweck werden alle relevanten Fragen im Ressortarbeitskreis „Maritime Sicherheit“ abgestimmt.

Link/Kontakt: www.bmvbs.de/-,1472/knoten.htm

4.9.2 Bund-Länder Ausschuss zur Schadstoffunfallbekämpfung

Der Koordinationsausschuss wird vom Leiter des Havariekommandos koordiniert. Schwerpunktmäßig werden hier Strategien zur Bekämpfung von Meeresverschmutzungen (Schadstoffunfallbekämpfung) abgestimmt.

Link/Kontakt: www.havariekommando.de

4.10 Im Rahmen Seeverkehr:

4.10.1 MARPOL-Arbeitsgruppe der Küstenländer mit dem Bund zur Anwendung von Vorschriften des MARPOL-Übereinkommens und der entsprechenden europarechtlichen Vorschriften in der Zuständigkeit der Länder.

Link/Kontakt:

www.bsh.de/de/Meeresdaten/Umweltschutz/MARPOL_Umweltuebereinkommen/index.jsp

4.10.2 Seeverkehrsbeirat

Der Seeverkehrsbeirat (SVB) berät das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung in allen Seeverkehrsangelegenheiten. Die Mitglieder werden von den fünf Küstenländern und den unmittelbar mit dem Seeverkehr befassten zentralen Organisationen, Dachverbände und Gewerkschaften entsandt. Den Vorsitz führt das BMVBS. Vorrangiges Ziel der Bundesregierung ist es, die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Seeschifffahrt und die dafür notwendige Standortqualität der deutschen Seehäfen zu gewährleisten. Für die Vorbereitung entsprechender Überlegungen und politischen Entscheidungen ist der fachliche Rat der im SVB vertretenen Organisationen notwendig. Mit der Einbindung des SVB kann frühzeitig ein breiter Konsens aller Beteiligten erzielt werden.

Link/Kontakt: ref-ws21@bmvbs.bund.de

4.10.3 Maritimes Forum Klima und Umwelt

Dialog aller Beteiligten zu Fragen des maritimen Umweltschutzes und der Klimapolitik im Seeverkehr.

Link/Kontakt: ref-ws24@bmvbs.bund.de

5. Nachgeordnete Behörden oder sonstige Organisationen

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

5.1 Umweltbundesamt

Das Umweltbundesamt ist die zentrale Umweltbehörde, deren wichtigste Aufgaben darin bestehen, die Bundesregierung wissenschaftlich zu unterstützen, Umweltgesetze zu vollziehen und die Öffentlichkeit zum Umweltschutz zu informieren.

Link/Kontakt: www.umweltbundesamt.de

5.2. Bundesamt für Naturschutz

Das Bundesamt für Naturschutz ist die zentrale wissenschaftliche Behörde des Bundes für den nationalen und internationalen Naturschutz. Es nimmt wichtige Aufgaben im Vollzug des internationalen Artenschutzes, des Meeresnaturschutzes, des Antarktis-Abkommens und des Gentechnikgesetzes wahr.

Link/Kontakt: www.bfn.de

5.3 Bundesanstalt für Strahlenschutz

Das BfS arbeitet für die Sicherheit und den Schutz des Menschen und der Umwelt vor Schäden durch ionisierende und nichtionisierende Strahlung. Dabei geht es zum Beispiel um die Sicherheit beim Umgang mit radioaktiven Stoffen in der Kerntechnik und den Schutz vor erhöhter natürlicher Radioaktivität. Neben der Abwehr von unmittelbaren Gefahren besitzt die Vorsorge zum Schutz der Bevölkerung eine entscheidende Bedeutung.

Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

5.4 Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE)

5.5 Fischereibiologische Institute des Johann Heinrich von Thünen-Instituts

Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie

5.6 Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe

Die Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) ist das geowissenschaftliche Kompetenzzentrum der Bundesregierung und Teil ihrer wissenschaftlich-technischen Infrastruktur. Sie ist eine Bundesoberbehörde im Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technolo-

gie (BMW). Die BGR berät und informiert neutral und unabhängig in allen geowissenschaftlichen und rohstoffwirtschaftlichen Fragen. Ein Themenschwerpunkt der BGR mit Meeresbezug ist die Marine Rohstofferkundung (Forschung und Entwicklung sowie Beratung zu marinen mineralischen Rohstoffen; Energierohstoffen der Kontinentränder, einschließlich Gashydrate; marinen Erkundungstechnologien; mariner Geologie). Ein regionaler Schwerpunkt ist hier die deutsche Nordsee.
Link/Kontakt: www.bgr.bund.de

5.7 Deutsche Zentrale für Tourismus (DZT)

Die Deutsche Zentrale für Tourismus (DZT) übernimmt im Auftrag des BMWi die Vermarktung von Deutschland als Reiseland, darunter die touristische Vermarktung der deutschen Küsten. Im Rahmen ihrer Inlandsmarketing-Aktivitäten hat die DZT die Kampagne „Kurz.Nah.Weg“ entwickelt, in der Urlaubsziele in Deutschland gegenüber den Deutschen vermarktet werden. Einen wichtigen Stellenwert innerhalb dieser Kampagne hat die Themenwelt „Urlaub am Wasser“, in der gezielt die deutschen Küsten beworben werden. Im Rahmen des Inlandsmarketing der DZT vermarkten auch die Bundesländer, insbesondere Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern, die deutschen Küsten. Im Rahmen ihres Auslandsmarketings ist die DZT Mitglied und Träger im Verein „Deutsches Küstenland“, der sich um die Vermarktung von Nord- und Ostsee bemüht und auch einzelne Projekte mit Anrainerstaaten, z. B. Dänemark oder Polen, durchführt. Der Verein „Deutsches Küstenland“ bewirbt Nord- und Ostsee auch gezielt in Österreich und der Schweiz.
Link/Kontakt: <http://www.deutschland-tourismus.de/>

5.8 Forschungszentrum Jülich/Projektträger

Das Forschungszentrum Jülich bearbeitet als Projektträger das FuE-Förderprogramm „Schifffahrt und Meerestechnik für das 21. Jahrhundert“ und im Auftrag des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit u. a. den Förderschwerpunkt (Offshore-)Windenergie.
Link/Kontakt: www.fz-juelich.de/ptj/windenergie Link/Kontakt: <http://www.fz-juelich.de/ptj/schifffahrt-meerestechnik/>

5.9 Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle

bearbeitet das Innovations-Förderprogramm „Innovativer Schiffbau sichert wettbewerbsfähige Arbeitsplätze“.
Link/Kontakt:
http://www.bafa.de/bafa/de/wirtschaftsfoerderung/innovativer_schiffbau/index.html

Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

5.10 Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie

Das BSH ist eine wichtige Institution an der Schnittstelle zwischen Wirtschaft, Umwelt, Wissenschaft und Verwaltung
Die Forschungs- und Entwicklungsarbeiten des BSH dienen der Weiterentwicklung von Techniken und Methoden für die dem BSH obliegenden

Fachaufgaben. Dazu gehören insbesondere die Überwachung des Meeres, die Seevermessung und geologische Untersuchungen, Herausgabe von Seekarten und Seebüchern, die Prüfung nautischen Geräts, die Vorhersage von Gezeiten, Wasserstand und Sturmfluten sowie der Betrieb operativer Modellsysteme. Insgesamt dienen die Aktivitäten des BSH der Verbesserung der Kenntnisse über die Meere.

Das BSH ist die zuständige Verwaltungsbehörde des Bundes für die Erteilung von Befähigungszeugnissen für Kapitäne und Schiffsoffiziere sowie zuständig für die Anerkennung ausländischer Befähigungszeugnisse. Es ist außerdem Sekretariat des Bund-Länder-Messprogramms für Nord- und Ostsee. BSH führt im Auftrag des BMU gemeinsam mit BfN und UBA das Meeresumwelt-Symposium durch. Weitere Aktivitäten sind u. a.: Genehmigungsverfahren für Offshore-Windparks, maritime Raumordnung, Umweltuntersuchungen (teilweise unter Fachaufsicht BMU); Betrieb des Marinen Messnetzes (MARNET); Verfolgung von MARPOL-Ordnungswidrigkeiten sowie Maßnahmen zur Verhütung der Verbreitung fremder Organismen durch die Schiffe.

Link/Kontakt: www.bsh.de

5.11 Bundesanstalt für Gewässerkunde

Die Bundesanstalt für Gewässerkunde ist das zentrale, wissenschaftlich eigenständige Institut des Bundes für wasserstraßenbezogene Beratung, Begutachtung und Forschung auf den gebieten Gewässerkunde, Wasserbewirtschaftung, Ökologie und Gewässerschutz. Außerdem ist die BfG im Rahmen des Strahlenschutzvorsorgegesetzes zuständig für die Überwachung von Wasser, Schwebestoffen und Sedimenten in den Bundeswasserstraßen.

Link/Kontakt: www.bafg.de

5.12 International Association of Marine Aids to Navigation and Lighthouse Authorities (IALA)

Die IALA ist der Internationale Verband der Seezeichenverwaltungen mit Sitz in Paris. Sie ist eine "non-governmental" Einrichtung und dient als Forum für Verwaltungen und Dienstleister, die Verkehrstechnik vorhalten und betreiben. Die IALA setzt internationale Standards und spricht Empfehlungen aus. Die Arbeiten in den IALA-Ausschüssen werden von Experten der WSV wahrgenommen.

Link/Kontakt: <http://www.ialathree.org>

5.13 Association of the Geological Surveys of Europe (EuroGeoSurveys): Expert Group on Marine Geology

Die Expertengruppe „Meeresgeologie“ setzt sich aus Vertretern der geologischen Dienste der Mitgliedstaaten zusammen, die sich über laufende nationale Kartierungs- und Forschungsprogramme informieren und gemeinsame Projekte initiieren (wie z. B. EMODNet-Geology zur Erstellung einer einheitlichen Sedimentkarte im Maßstab 1 : 1 000 000 für die Nord- und Ostsee). Deutschland ist neben der BGR auch durch das BSH, das über sehr umfangreiche Kenntnisse und Daten über die deutsche Nord- und

Ostsee verfügt, in der Expertengruppe vertreten.
Link/Kontakt: www.eurogeosurveys.org

5.14 Wasser- und Schifffahrtsverwaltung (WSV)

Die dem BMVBS nachgeordnete Wasser- und Schifffahrtsverwaltung (WSV) ist zuständig für die Verwaltung der Bundeswasserstraßen und für die Sicherheit und Leichtigkeit des Schiffsverkehrs im Hoheitsgebiet und in der deutschen Ausschließlichen Wirtschaftszone (AWZ). Zu den Aufgaben gehören insbesondere die Unterhaltung der Bundeswasserstraßen in einem für die Schifffahrt sicheren Zustand, z. B. durch Ausbau- und Unterhaltungsmaßnahmen sowie die Ordnung des Schiffsverkehrs (z. B. Betrieb von Verkehrszentralen, Ausübung der Schifffahrtspolizei) und die Aufsicht über das Lotswesen.

Link/Kontakt: www.wsv.de

6. Regelmäßige Konferenzen und Veranstaltungen

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

6.1 Meeresschutz-Symposium beim BSH

ausgerichtet durch BSH auf Kosten des BMU, einmal jährlich für 2 Tage, dient primär dem Fachaustausch zu aktuellen Fragen des Meeresschutzes
Link/Kontakt: www.bsh.de/de/Das_BSH/Veranstaltungen/index.jsp

6.2 Weltwassertag

Der Weltwassertag findet seit 1993 jedes Jahr am 22. März statt. Er wurde in der Rio-Agenda 21 1992 vorgesehen und wurde im selben Jahr von der UN GV beschlossen. Sinn dieses Tages ist, das Element Wasser in allen Schattierungen für die Bevölkerung, die Politik etc. „sichtbar“ zu machen, auf drängende aktuelle Probleme hinzuweisen, Lösungsvorschläge anzubieten etc. Jährlich wechselt das Thema des Weltwassertages. In 2009 stand er unter dem Motto: "Grenzüberschreitende Gewässer - Wasser ohne Grenzen".

Link/Kontakt: www.wasser.de/inhalt

6.3 Baltic Sea Day

Der Baltic Sea Day wurde von HELCOM vor ca. 15 Jahren beschlossen. Es handelt sich ebenfalls jährlich um den 22. März. Ziel dieser Maßnahme war, auf die Anliegen/Probleme der Ostseeregion insbesondere hinzuweisen.

Vermutlich bedingt durch die Inflation von Ehrentagen fand der Baltic Sea Day nicht wirklich große Resonanz.

Im Jahr 2000 richtete die Russische Föderation erstmals in St. Petersburg den Baltic Sea Day aus. Themen dieser seitdem jährlich am (oder um den) 22. März (herum) durchgeführten mehrtägigen Veranstaltung sind stets ostseebezogen, und immer stehen Aufgaben der HELCOM-Arbeit im Fokus.

Da der RUS-Baltic Sea Day

- inzwischen durchaus über die Region hinaus Ruf hat
- die HELCOM-Initiative zur Benennung dieses Tages (wenigstens) dadurch Leben eingehaucht bekommt und
- HELCOM-Themen befördert werden,

leisten die übrigen HELCOM-Vertragsstaaten (so auch D) ihrerseits Beiträge durch finanzielle Unterstützung (so BMU in 2008) oder geben RUS durch eine offizielle Delegation die Ehre. (in der Vergangenheit u. a. BMU, BSH).

Link: www.helcom.fi/home/en_GB/welcome

6.4 World Ocean Day/Tag des Meeres am 08. Juni

Der Tag des Meeres hat seinen Ursprung im Erdgipfel am 8. Juni 1992 in Rio de Janeiro. Seit 2009 wird der 8. Juni als Tag des Meeres von den Vereinten Nationen begangen. Die Ozeane werden als bedeutend für Ernährungssicherheit, Gesundheit und dem Überleben allen Lebens, für das Klima und als ein kritischer Teil der Biosphäre gesehen. Ziel des Tages ist es daher, weltweit Aufmerksamkeit für aktuelle Herausforderungen im Zusammenhang mit den Ozeanen zu erlangen.

Link/Kontakt: www.theoceanproject.org/wod

6.5 International Conferences on Progress in Marine Conservation in Europe

(alle drei Jahre): 2. - 6. November 2009 „2nd International Conference on Progress in Marine Conservation in Europe 2009“

Link/Kontakt: <http://habitatmare.de/de/aktuelles-progress-in-marine-conservation-in-europe-2009.php>

Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie

6.6 Germany Travel Mart

Der Germany Travel Mart, die jährliche Reisemesse der DZT, findet alle 4 bis 5 Jahre in einem der deutschen Küstenländer statt (2009 in Rostock).

Link/Kontakt: www.Germany-travel-mart.de/index

6.7 Rostocker Hafenkonzferenz, Ostsee-Tourismus-Gipfel

BMWi und der Beauftragte der Bundesregierung für Tourismus engagieren sich aktiv auf Veranstaltungen wie der Rostocker Hafenkonzferenz 2008 oder dem Ostsee-Tourismus-Gipfel 2009 in Vilnius für die touristischen Interessen des Ostsee-Raumes.

Link/Kontakt: www.bst.tmv.de/index.php

6.8 Nationale Maritime Konferenzen

Alle 2 Jahre stattfindende Konferenz zur Koordination der Interessen der Maritimen Wirtschaft und zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit in den Be-

reichen Schiffbau, Seeschifffahrt und Hafenwirtschaft.
Link/Kontakt: <http://www.bmwi.de/BMWi/Navigation/Wirtschaft/nationale-maritime-konferenz,did=248958.html>

Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

6.9 Nautischer Abend (jährlich)

Veranstaltung des „Deutschen Nautischen Vereins“, um aktuelle Fragen der Seeschifffahrt mit Vertretern aus Politik und Wirtschaft zu diskutieren.
Link/Kontakt: www.dnvev.de

6.10 Deutscher Seeschifffahrtstag (alle drei Jahre)

unter der Schirmherrschaft des Bundespräsidenten, veranstaltet vom Deutschen Nautischen Verein. Beratung zu Themen in Schifffahrt, Schiffbau und Hafenwirtschaft.
Link/Kontakt: www.dnvev.de/index

6.11 Europäischer Tag der Meere (jährlich am 20. Mai)

Sensibilisierung der Öffentlichkeit für die Bedeutung einer nachhaltigen Meereswirtschaft, des maritimen Erbes und der seemännischen Berufe. Veranstalter sind Europäische Kommission und die jeweilige EU-Ratspräsidentschaft
Link/Kontakt: www.ec.europa.eu/maritimeaffairs/maritimeday/index

6.12 World Maritime Day (jährlich)

Im Rahmen der International Maritime Organization (Internationale Seeschifffahrtsorganisation) wird jährlich der Weltschifffahrtstag mit einer Konferenz zu einem jeweils aktuellen Thema begangen. Am 24.09.2009 war das Thema „Klimawandel“.
Link/Kontakt: www.imo.org/home.asp

6.13 IALA-Konferenz

Die IALA (International Association of Marine Aids and Lighthouse Authorities) richtet alle vier Jahre eine Internationale Seezeichenkonferenz aus.

7. Projekte

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

7.1 „Umsetzung der Agenda 21 in europäischen Seehäfen am Beispiel Lübeck-Travemünde“

Das vom UBA koordinierte Vorhaben „Umsetzung der Agenda 21 in europäischen Seehäfen am Beispiel Lübeck-Travemünde“, FKZ 201 96 105 (Abschluss 2004), gilt als Projekt mit Leuchtturm-Charakter.
Link/Kontakt: www.umweltdaten.de/publikationen/fpdf-l/2982.pdf

7.2 Entwicklungs- und Erprobungsvorhaben zur Wiederansiedlung des Europäischen Störs

Vom BfN koordiniertes Entwicklungs- und Erprobungsvorhaben zur Wiederansiedlung des Europäischen Störs.

Link/Kontakt: <http://habitatmare.de/de/spezielle-projekte-wiederansiedlung-stoer.php>

7.3 EcoRegion

Das Projekt aus dem Ostseeprogramm unterstützt den Ansatz, eine „Öko-region Ostseeraum“ zu schaffen, in der sich die Ökonomie unter Beachtung der Erfordernisse des Umwelt- und Ressourcenschutzes entwickeln kann.

Link/Kontakt: www.baltic-ecoregion.eu

7.4 SPIN

Das Projekt steht für nachhaltige Produktion durch Innovation in kleinen und mittelständischen Unternehmen. Mit Hilfe des Projektes sollen die in der Ostseeregion entwickelten Errungenschaften bezüglich ökologischer Innovation identifiziert, verbreitet und weiterentwickelt werden.

Link/Kontakt: www.spin-project.eu

7.5 Bioenergy Promotion

Schwerpunkt des Projektes aus dem Ostseeprogramm ist die nachhaltige Biomasseproduktion und -nutzung im Ostseeraum. Das Projekt leistet einen Beitrag dafür, den Anteil erneuerbarer Energieträger EU-weit auf 20 Prozent zu erhöhen. Es wurde von der EU-Kommission als strategisch wichtiges Projekt für den gesamten Ostseeraum klassifiziert.

Link/Kontakt: www.bioenergypromotion.net

7.6 BALTADAPT

Das Projekt aus dem Ostseeprogramm hat die Entwicklung einer länderübergreifenden Klimaanpassungsstrategie (bezogen auf Küste und Meer) zum Ziel und schließt damit eine Lücke im Aktionsplan der EU-Ostseestrategie.

Link/Kontakt: www.sustainable-projects.eu/index.php5?node_id=BaltAdapt

7.7 SUB-MARINER

Die nachhaltige Bewirtschaftung der Meeresressourcen am Beispiel der Ostsee steht im Mittelpunkt des Projektes.

Link/Kontakt: www.sustainable-projects.eu

Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie

7.8 SUGAR

Projekt zur Entwicklung von Technologien, um Erdgas (Methan) aus Methanhydraten im Meeresboden zu gewinnen und zugleich Kohlendioxid

(CO₂) aus Kraftwerken und anderen industriellen Anlagen sicher im Meeresboden zu speichern.

Link/Kontakt: <http://www.ifm-geomar.de/index.php?id=sugar>

7.9 HTS - Hoch-Temperatur-Supraleitende (HTS) Synchronmaschinen für den Einsatz im Schiffbau

Mit diesem Forschungsvorhaben sollen die technologischen Voraussetzungen für die Anwendbarkeit der innovativen Technologie der Hoch-Temperatur-Supraleitenden (HTS) Synchronmaschinen für den Einsatz im Schiffbau geschaffen werden. Der signifikant bessere Wirkungsgrad der HTS-Maschinen leistet einen Beitrag zu energieeffizienteren Schiffen und hilft so nicht nur die Wirtschaftlichkeit über den Lebenszyklus eines Schiffes zu steigern, sondern auch die Umweltbelastungen zu vermindern.

7.10 EMI-MINI - Halbierung der Schadstoffemissionen bei großen Schiffsdieselmotoren im Schweröl-Common-Rail-Betrieb

Ziel des Vorhabens war eine drastische Absenkung des Schadstoffemissionsniveaus bei Schiffsdieselmotoren im Schwerölbetrieb. Dabei konnte durch innermotorische Maßnahmen eine Halbierung des gegenwärtigen Niveaus der Stickoxid- und Partikelemissionen ohne Anstieg der Kohlenmonoxid- und Kohlenwasserstoffemissionen und unter Beibehaltung eines hohen Wirkungsgrades sowie der Betriebssicherheit erreicht werden.

7.11 FAME - Sauerstoff- und Kraftstoffmanagement zur Erreichung von IMO III

Ziel des Vorhabens FAME ist die simulationsgestützte und auch experimentelle Entwicklung und Erprobung neuer Verfahren, die eine innermotorische Reduzierung der Stickoxidemissionen unter das IMO-TIER III-Niveau unter Beibehaltung eines geringen spezifischen Kraftstoffverbrauchs sowie niedriger Partikelemissionen erlauben. Dafür sollen zwei unterschiedliche Technologien untersucht werden, die beide eine Absenkung des Sauerstoffanteils in der Zylinderladung bewirken.

7.12 GasPax - Installation von gasgetriebenen Hauptantriebsanlagen auf Passagierschiffen, Ro-Ro-Passagierschiffen und Mega-Yachten

Die Entwicklung der Entwurfskompetenz für Schiffe mit alternativen Brennstoffkonzepten und die Entwicklung von technischen Lösungen und Konzepten zum Einsatz von Brennstoffen mit niedrigem Flammpunkt auf Passagierschiffen, Ro-Ro-Fähren und Megayachten stehen im Fokus der Untersuchungen.

7.13 RedoMiR - Minimierung der Brand- und Gesundheitsgefahr von Ölnebel in Havariesituationen

Ziel des Vorhabens ist die Erforschung verschiedener Möglichkeiten zur Verringerung der Brand- und Explosionsgefahr von Ölnebel im Falle einer Havarie, angepasst vor allem an die Anforderungen der Schifffahrt. Dabei soll Ölnebel mit kalter Luft bzw. mit Wasserdampf beaufschlagt werden, um

die Entstehung einer explosionsfähigen Atmosphäre zu verhindern, indem die notwendige Zündenergie entzogen wird bzw. der Ölnebel schnell niedergeschlagen wird.

7.14 ADOPTMAN - ADvanced Planning for OPTimised Conduction of Coordinated MANoeuvres in Emergency Situations

Ziel des Vorhabens ist die Erhöhung der Überlebenswahrscheinlichkeit beim „Person over Board“ Unfall (PoB) durch die Entwicklung zuverlässiger Detektionsmethoden für einen solchen Unfall und entsprechende Handlungshilfen für das Schiffsführungspersonal bei der Rückführung des Schiffes zum Verunfallten.

7.15 IRO - : Eis-Routen-Optimierung - eine Voraussetzung für einen wirtschaftlichen Transport auf dem Nördlichen Seeweg

In dem Vorhaben soll ein vorhandenes Eisvorhersagesystem so ausgebaut werden, dass für beliebige Schiffe, die den nördlichen Seeweg befahren wollen, eine optimale Route vorgeschlagen werden kann. Um dieses Ziel zu erreichen, ist eine Verbesserung vorhandener ozeanographischer, meteorologischer und navigatorischer Vorhersagemodelle und deren Zusammenführung zu einem übergreifenden Eisvorhersage- und Navigationssystem notwendig.

7.16 ISUP - Integrated Systems for Underwater Production of Hydrocarbons

Neue Technologien sind erforderlich, um in größeren Wassertiefen wettbewerbsfähige Lösungen anbieten zu können. Probleme könnten insbesondere bei der Energieversorgung über große Distanzen (100 km) und bei der Datenübermittlung auftreten.

Deutsche Firmen spielen in der Unterwassertechnik international bisher nicht die herausragende Rolle. Bei speziellen Komponenten und Systemen (Multiphasenpumpen) wurden bereits erhebliche Fortschritte erreicht. Durch Bündelung von wesentlichen Komponenten für die Unterwasserförderung soll die deutsche Industrie in die Lage versetzt werden, als Gesprächspartner für komplexe, meeresbodengebundene Förderanlagen aufzutreten und sich als Systemanbieter zu qualifizieren und zu profilieren. Das technische Ziel der gemeinsamen Systementwicklung beinhaltet ein Gesamtsystem, das in vielfältigen Kombinationsmöglichkeiten angeboten werden soll (modulares Prozessleitsystem, Boden-Installationsrahmen, ROV-ähnliches Bodenbearbeitungsgerät mit diversen Tools, Druckerhöhungssystem mit drehzahlgeregeltem Antrieb, Mehrphasenturbine und Strahlpumpe).

7.17 QulnLas - Qualitätsgerechte 3-D-Laser Schweißbearbeitung innovativer Schiffskonstruktionen

Das Gesamtziel des Projektes QulnLas besteht in der Erforschung des qualitätsgerechten dreidimensionalen Laserstrahlschweißens für die produktive Herstellung innovativer Schiffbaukonstruktionen sowie einer integrierten Qualitätssicherung. Dabei sollen für die neuen lasergestützten Fü-

geverfahren, wie dem Laser-Remote-Heften und Laser-Hybrid-Schweißen, Prozess-, System- und Bewertungsmethoden entwickelt werden, mit denen sich zukünftige Anforderungen an dreidimensionale Schweißkonstruktionen im Schiffbau erfüllen lassen. Zur umfangreichen und produktiven Nutzung geringer Blechdicken und verfahrensbedingter geringer thermischer Verzüge des Laserfügens für innovative Schiffskonstruktionen soll ein Fertigungsdemonstrator für das dreidimensionale (3-D) flexible Laser-Remote- und -Hybrid-Schweißen mit hohem Automatisierungspotential entwickelt werden.

Die im Projekt angestrebten neuartigen Fertigungs-, Qualitätsbewertungs- und Konstruktionsmethoden bieten die Möglichkeit, den Herstellprozess deutlich zu beschleunigen und den Ressourceneinsatz insbesondere durch innovative Leichtbaukonzepte deutlich zu senken.

7.18 PowerVR - : Prozessorientierte wettbewerbsfähigkeitssteigernde Entwicklung eines Rahmenkonzepts schiffbaulicher VR-Anwendung

Im Verbundprojekt soll aufbauend auf ein schon gefördertes Verbundvorhaben die Entwicklung von grundsätzlichen Konzepten und Einsatzfällen von VR im Schiffbau ein umfassendes Rahmenkonzept zur stärkeren Einbeziehung von VR-Technologien in den schiffbaulichen Erzeugnisentwicklungs- und Fertigungsprozess erstellt werden. Es sollen die Voraussetzungen für den durchgängigen Einsatz in der maritimen Industrie geschaffen werden. Dazu muss die Integration in die bestehende IT-Struktur der Unternehmen und die breite Abdeckung von möglichen VR-Szenarien gelöst werden.

7.19 LeiSe - Leichtbaukomponenten für Schiffselemente

Ziel dieses Verbundprojektes ist der Ersatz nichttragender Strukturen bestehend aus Stahl- bzw. Aluminiumschotten mit den bisher üblichen Maßnahmen zur Schalldämmung durch innovative Leichtbaustrukturen für den Schiffbau. Übergeordnete Zielsetzung ist dabei die Entwicklung einer Gesamtstruktur mit geringerer Masse als bisher marktübliche Lösungen bei gleichzeitiger Erhöhung des Komforts durch gezielte akustische Funktionalitäten.

Die Wirksamkeit der zu entwickelnden Wandsysteme soll nach vorherigen Laborversuchen unter Berücksichtigung aller schiffbaulichen Anforderungen an Brandschutz, thermische Isolation, Gewicht und Kosten am Beispiel einer derzeit bei TKMS im Bau befindlichen Korvette nachgewiesen werden.

7.20 Geopotenzial Deutsche Nordsee

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie hat im Rahmen der fünften Nationalen Maritimen Konferenz das vorrangige Ziel deutlich gemacht, die erfolgreiche Entwicklung der maritimen Wirtschaft weiter abzusichern. Das Niedersächsische Wirtschaftsministerium setzt einen Aktionsplan um, durch den die innovative, sichere und klimaschonende Gewinnung, Erzeugung und Speicherung von Energie sowie eine langfristige Versorgungssicherheit gewährleistet werden soll. Dabei steht zunächst der niedersächsische Küsten- und Nordseeraum im Mittelpunkt, der besondere

Potenziale bietet.

Ziel des Projektes ist es, bis zum Jahr 2013 Wirtschaft und Wissenschaft grundlegende Geoinformationen über die heute noch weitgehend unbekannte Entstehungsgeschichte, den strukturellen Aufbau und die Meeresbodeneigenschaften des Nordseeraumes zugänglich zu machen. Dieses Wissen ist für die nachhaltige Entwicklung des maritimen Wirtschaftsraumes Nordsee unerlässlich, da Planung und Umsetzung von Maßnahmen in den Bereichen Wirtschaft und Umwelt darauf aufbauen.

Der europäische Kontext wird in einigen Projektmodulen bereits aufgezeigt. Für die nähere Zukunft ist hier eine internationale Zusammenarbeit mit anderen Anrainerstaaten der Nordsee anzustreben.

Link/Kontakt: www.geopotenzial-nordsee.de

7.21 Demonstrationsprojekt Marine Mineralische Rohstoffe (DMMR) – Pilotphase

Angesichts gestiegener Rohstoffpreise auf dem Weltmarkt gewinnt die Erkundung mariner mineralischer Rohstoffe an Aktualität. Dies trifft besonders auf die Vorkommen von Bunt- und Edelmetallen der Tiefsee zu. In der Ausschließlichen Wirtschaftzone von Papua-Neuguinea wurden bereits Abbaugenehmigungen für marine Erzvorkommen erteilt; mit dem Abbau wurde 2010 begonnen. Auch bei anderen marinen Rohstoffvorkommen wird nach erfolgreichen Tests der „Tiefsee“-Bergbau in naher Zukunft realisiert werden.

Für die deutsche Wirtschaft gilt es, sich mit innovativen Maßnahmen und Entwicklungen den Herausforderungen der Rohstoffgewinnung und der marinen Technologieentwicklung zu stellen. Frühzeitige Impulse können hier die Richtung weisen und die Entwicklung anspruchsvoller technischer Lösungen in diesem zukunftssträchtigen Technologiefeld anstoßen.

Die BGR unterstützt im Auftrage des BMWi mit Initialprojekten diese technologisch-ökonomische Entwicklung in der deutschen Wirtschaft.

Link/Kontakt: Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe, www.bgr.bund.de

Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung/BSH

7.22 Pilotprojekt im Nord- und Ostseeraum zur Entwicklung einer grenzüberschreitenden und sektorübergreifenden Seeraumüberwachung

(EU-Ausschreibung September 2009)

Link/Kontakt: Projekt ist noch nicht gestartet.

7.23 e4ships

Klimafreundliche Energieversorgung auf Schiffen mit Brennstoffzellen

Link/Kontakt: VSM – Verband für Schiffbau und Meerestechnik e. V.,

Link/Kontakt: www.e4ships.de

7.24 Clean Baltic Sea Shipping

Projekt des BSH im Rahmen der EU-Ostseestrategie und gefördert aus dem Ostseeprogramm: Projektziel ist die Verringerung schiffsbedingter

Emissionen durch Einsatz innovativer emissionsarmer Technologien und Treibstoffe in der Schifffahrt und damit zugleich Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit der Schifffahrt in der Ostseeregion. Die Länder Hamburg und Schleswig-Holstein sowie das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung sind in das Projekt eingebunden. Projekte mit vergleichbarer Zielsetzung bestehen im INTERREG IV B-Nordseeprogramm „**Clean North Sea Shipping**“ (Beteiligung des Landes Hamburg) und „**E-Harbours**“.

Link: www.cnss.no; www.clean-baltic-sea-shipping.eu

7.25 BaltSeaPlan

INTERREG IVB Ostsee-Projekt, Einführung einer integrierten maritimen Raumplanung in der Ostsee (siehe auch Kapitel IV, Schwerpunkt 5). Leadpartner BSH.

Link/Kontakt: www.baltseaplan.eu

7.26 Northern Maritime University

INTERREG Nordsee-Projekt, Förderung maritimer Berufe, Entwicklung von Lernmodulen zu Maritime Business Management.

Link/Kontakt: www.nsr.nm-uni.eu

7.27 Northsea Ballast Water Opportunity

INTERREG Nordsee-Projekt (BSH), Das Projekt zielt auf eine einheitliche Ratifizierung und Implementierung des Internationalen Ballastwasserabkommens ab.

Link/Kontakt: www.northseaballast.eu

7.28 SA Innovator II: Ballastwater

Beteiligung BSH. Ziel: Einsatz der Fernerkundung bezüglich Ballastwasser.

Link/Kontakt:

www.bsh.de/deMeeresdaten/Umweltschutz/Ballastwasser/index.jsp

7.29 KLIWAS

Schifffahrt und Wasserstraßen in Deutschland, Zukunft gestalten im Zeichen des Klimawandels: Bis Ende 2013

Link/Kontakt: www.kliwas.de

7.30 FINO

Forschungsplattform in Nord- und Ostsee, Teilprojekt BSH, Umwelt- und Belastungsmessungen, Aufnahme des ozeanographischen Messbetriebes, bis 06.2011

Link/Kontakt: www.fino-offshore.de

7.31 RAVE

Research at alpha ventus, (Offshore-Windenergie) Teilprojekt BSH, zentrale Durchführung der Messungen, ozeanographische und geologische Un-

tersuchungen. Bis Anfang 2011.
Link/Kontakt: www.rave.iset.uni-kassel.de

7.32 Ökologische Begleitforschung am Offshore-Windenergiesfeld alpha ventus

zur Evaluierung des Standarduntersuchungskonzeptes des BSH. Bis 04.2012

Link/Kontakt:

www.bsh.de/de/Meeresnutzung/Wirtschaft/Windparks/Oekologische_Begleituntersuchungen_Testfeld.jsp

7.33 DeMarine-Umwelt

Entwicklung von Diensten für die marine Umweltüberwachung im Rahmen von GMES (Global Monitoring for Environment and Security). Laufzeit bis 2011.

Link/Kontakt: www.demarine-umwelt.de/lr/web/guest

7.34 ECOOP

European COastal-shelf sea OPerational observing and forecasting system, Integration der europäischen Beobachtungsnetzwerke:www.ecoop.eu. Laufzeit bis 2010.

Link/Kontakt:www.ecoop.eu

7.35 EURO ARGO

Einrichtung einer Infrastruktur zum Betrieb des internationalen ARGO Meeresbeobachtungsprogramms (Klimaforschung und Klimamonitoring).

Link/Kontakt: www.euro-argo.eu

7.36 Shelf Geo-Explorer – Ausbau zu einem Baugrundinformationssystem für die deutsche Nord- und Ostsee

Weiterentwicklung der Fachdatenbank „Shelf Geo-Explorer“ im Hinblick auf die Implementierung von Baugrunduntersuchungsergebnissen aus Genehmigungsverfahren für die Errichtung von Offshore-Windparks oder die Verlegung von Leitungen (Seekabel, Rohrleitungen).

Link/Kontakt: <http://www.bsh.de>; manfred.zeiler@bsh.de

7.37 Aufbau von integrierten Modellsystemen zur Analyse der langfristigen Morphodynamik in der Deutschen Bucht

Verbundprojekt zur Entwicklung numerischer Modelle zur Vorhersage der langfristigen und großräumigen Veränderung der Morphologie in der Deutschen Bucht.

Teilvorhaben A: Bodenmodell – Aufbau und Plausibilisierung eines Bodenmodells und seiner Dynamik als Grundlage für die numerische Modellierung (Leitung: BSH)

Link/Kontakt: <http://www.bsh.de>; manfred.zeiler@bsh.de

7.38 Geopotenzial Deutsche Nordsee

Erstellung von digitalen Fachinformationen zur Sedimentverteilung auf dem Meeresboden, Rohstoffreserven für die Bauindustrie und Baugrundeigenschaften mit Schwerpunkt auf die Ausschließliche Wirtschaftzone (AWZ) in der Nordsee auf der Grundlage umfangreicher meeresgeologischer Daten des BSH.

Bereitstellung der Produkte über das GeoSeaPortal des BSH (Shelf Geo-Explorer)

Link/Kontakt: <http://www.bsh.de>; manfred.zeiler@bsh.de

7.39 BLAST – Bringing Land and Sea together

Projekt aus dem INTERREG-Nordseeprogramm zur Unterstützung des integrierten Küstenzonenmanagements durch die Erweiterung und Harmonisierung der Datenbasis mit Geoinformationen im Übergangsbereich zwischen Land und See. Entwicklung von interoperablen Planungs- und Managementverfahren für die Küstenzone im Bereich der Geodäsie, der Klimatologie und der Geographie. Unterstützung einer effektiveren Schiffsnavigation auf Seewasserstraßen, in Häfen sowie beim An- und Ablegen durch ergänzende georeferenzierte administrative Informationen. Entwicklungen von interaktiven Werkzeugen für die Raumplanung und die Entscheidungsvorbereitung in der Küstenzone auf der Basis von Geoinformationssystemen.

Link/Kontakt: <http://www.bsh.de>; mathias.jonas@bsh.de,
<http://www.interreg-nordsee.de>

Übersicht über Ostseeprojekte:	www.eu.baltic.net
Übersicht über Nordsee-Projekte:	www.interreg-nordsee.de/projekte_im_detail

Bundesministerium für Bildung und Forschung

7.40 BONUS (Baltic Organisation Network for Funding Science)

In Randmeeren und Küstenregionen ist die marine Forschung darauf gerichtet, die Wissensbasis für einen nachhaltigen Umgang mit den natürlichen Ressourcen in diesen Meeresgebieten zu legen. Trotz laufender nationaler und internationaler Forschungs- und Monitoringprogramme gibt es erheblichen Forschungsbedarf, um den Zustand der Meere, die Auswirkungen klimatischer Änderungen, die Auswirkungen von anthropogenen Einflüssen und die Wirksamkeit von Schutzmaßnahmen feststellen und beurteilen zu können. Wichtige Arbeitsfelder sind die Eutrophierung, die Untersuchung von Schadstoffen im Meer und die Biodiversität. Im Rahmen des gemeinsamen Ostseeforschungsprogramms der Ostseeanrainerstaaten wurden diese Themen aufgenommen. Aktuell werden 16 Forschungsv Verbände im Rahmen von BONUS gefördert.

Link/Kontakt: www.bonusportal.org

7.41 Projekt KUNTIKUM

Erarbeitung von Anpassungsstrategien an den Klimawandel u. a. in den deutschen Küstenregionen, beschäftigt sich u. a. mit den Auswirkungen des Klimawandels auf den Tourismus in den Küstenregionen.

Link/Kontakt: www.klimatrends.de

7.42 Nordatlantik

Das übergeordnete Ziel des Verbundprojektes ist die Weiterentwicklung eines Beobachtungs-, Diagnose- und Vorhersagesystems und dessen Anwendung zur Abschätzung des Einflusses großräumiger Veränderungen der Ozeanzirkulation im Atlantik auf das globale Klima und die damit verbundenen Auswirkungen auf das europäische Schelfmeergebiet und das europäische Festland.

Link/Kontakt:

<http://www.planeterde.de/Members/huenken/BMBF%20Projekte/nordatlantik-ii>

7.43 BIOACID - Biologische Auswirkungen der Ozeanversauerung

Seit Beginn der Industrialisierung hat der Ozean nahezu die Hälfte der CO₂-Menge, die aus der Verbrennung fossiler Energieträger stammt, aufgenommen. Infolgedessen ist seit dem Jahr 1750 der PH- Wert des Oberflächenwassers der Ozeane um 0,12 Punkte gesunken. Im Rahmen des Verbundprojektes wird ein grundlegendes Verständnis der möglichen meeresbiologischen und geochemischen Konsequenzen der Ozeanversauerung untersucht und eine systembasierte Abschätzung der zu erwartenden Risiken erarbeitet.

Link/Kontakt:

<http://www.planeterde.de/Members/huenken/BMBF%20Projekte/bioacid>

7.44 SOPRAN II (Surface Ocean Processes in the Anthropocene)

Die Zusammensetzung der Atmosphäre bestimmt wesentlich das Klima und die Bewohnbarkeit der Erde. Die Zusammensetzung der Atmosphäre wird wiederum durch biologische, physikalische und chemische Prozesse bestimmt, welche in den Ozeanen ablaufen. Gasaustausch über die enorme Oberfläche der Weltozeane spielt eine gravierende Rolle bei der Kontrolle des heutigen CO₂-Gehaltes und des weiteren Anstiegs von CO₂ in der Atmosphäre. Im Rahmen des Verbundprojektes werden die Wechselwirkungen zwischen Hydrosphäre und Atmosphäre, analysiert.

Link/Kontakt:

<http://www.planeterde.de/Members/huenken/BMBF%20Projekte/sopran-ii>

7.45 Match-Mismatch: Klimawandel in der Nordsee, Match-Mismatch-Phänomene im pelagischen Nahrungsnetz

Ziel der Untersuchungen ist die Analyse des Einflusses von Klimaänderungen auf die Nahrungsnetze der Nordsee. Hierzu werden die biologische Langzeitdatensätze (Phyto- und Zooplankton), insbesondere der Helgoland

Reede ausgewertet und mit klimarelevanten physikalischen und chemischen Daten in Beziehung gesetzt. Die Ergebnisse dieser Untersuchungen dienen der Weiterentwicklung von Modellen, um die Auswirkungen klimatischer Änderungen auf das Ökosystem Nordsee und seine Schwarmfischbestände besser prognostizieren zu können.

Link/Kontakt:

<http://www.planeterde.de/Members/huenken/BMBF%20Projekte/match-mismatch>

7.46 ECODRIVE: Ecosystem Change in the North Sea: Processes, Drivers, Future Scenarios

Im Verbund werden physikalische, chemische und biologische Langzeitdatenserien analysiert, um den Einfluss der Klimavariabilität auf das Nahrungsnetz der Nordsee und angrenzender Meeresgebiete aufzuklären. Die Ergebnisse des Verbundes werden dazu beitragen, das grundlegende Verständnis von durch den Klimawandel verursachten Veränderungen in marinen Lebensgemeinschaften zu verbessern. Die Erkenntnisse werden in die vorhandenen Ökosystem- und Bestandsmodelle eingearbeitet, liefern damit die wissenschaftlichen Grundlagen für eine verbesserte nachhaltige Bewirtschaftung von Nutzarten.

Link/Kontakt:

<http://www.planeterde.de/Members/huenken/BMBF%20Projekte/ecodrive>

7.47 MIMAS- Die Rolle von Mikroorganismen im marinen Stoffkreislauf

Gegenstand des Verbundprojektes MIMAS ist die Entwicklung und Erprobung eines neuen Spektrums genombasierter Methoden, um die Stoffwechselleistung mariner mikrobieller Lebensgemeinschaften zu erfassen und wichtige metabolische Prozesse zu quantifizieren. Ziel ist ein vertieftes Verständnis der Rolle von Mikroorganismen in marinen Stoffkreisläufen. Damit können die Auswirkungen globaler Klima- und Umweltveränderungen auf entscheidende mikrobiell gesteuerte Prozesse (biologische Pumpe, Kohlenstoff- und Stickstoffkreislauf) besser vorhergesagt werden.

Link/Kontakt:

<http://www.planeterde.de/Members/huenken/BMBF%20Projekte/mimas>

7.48 Regionale Anpassungsstrategien für die deutsche Ostseeküste (RADOST)

Der Klimawandel stellt die deutsche Ostseeküstenregion vor massive Anpassungserfordernisse. Ziel des BMBF-Vorhabens ist es, Anpassungsstrategien für die deutsche Ostseeregion im Dialog zwischen Wissenschaft, Wirtschaft, Verwaltung und Zivilgesellschaft zu erarbeiten.

Es geht gleichermaßen darum, Schaden für Wirtschaft, Gesellschaft und Natur zu minimieren und mit dem Wandel verbundene Entwicklungschancen optimal zu nutzen. Ein weiteres Anliegen ist die dauerhafte Stärkung von Akteursnetzwerken und Kommunikationsstrukturen, auch über die Region hinaus.

Link/Kontakt:www.klimzug-radost.de/

7.49 IKZM Oder: Forschung für ein Integriertes Küstenzonenmanagement in der Odermündungsregion

Das Verbundvorhaben IKZM liefert die Grundlagen für die Implementierung eines regionalen integrierten Küstenzonenmanagements (IKZM). Schwerpunkte der Arbeit bilden die vielfältige Veränderung der ökologischen, gesellschaftlichen, planerischen und juristischen Rahmenbedingungen, die Grenzlage sowie komplexe großräumige Veränderungen, die unmittelbare Auswirkungen auf die Küstenzone besitzen. Die Kopplung von Fluss-Küste-Meeres-Simulationsmodellen erlaubt aktuelle Analysen und Szenarien zu Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft dieser Küstenregion. Informationen, die insbesondere vor dem Hintergrund der Prognosen über den Klimawandel von großem Interesse für die Entscheidungsträger sind.

Link/Kontakt:

<http://www.planeterde.de/Members/huenken/BMBF%20Projekte/ikzm-oder-ii>

7.50 IKZM Westküste Schleswig-Holstein: Forschung für ein integriertes Küstenzonenmanagement - Zukunft Küste

Im Rahmen des Projektes wurden ökologische, ökonomische und sozio-ökonomische Entwicklungsaspekte in der Region der Westküste Schleswig-Holsteins vor allem vor dem Hintergrund des Ausbaus der Offshore Windenergieanlagen untersucht. Es wurde die Basis eines integrierten Küstenzonenmanagementkonzeptes erarbeitet.

Link/Kontakt:

<http://www.planeterde.de/Members/huenken/BMBF%20Projekte/ikzm-westkuste-schleswig-holstein-ii>

7.51 HoRisk: Hochwasser-Risikomanagement für den Küstenraum

Ziel der Untersuchungen ist die Ableitung von Küstenschutz bezogenen Ansätzen und Methoden für anwendungsorientierte Schadens- bzw. Risikoanalysen, als Grundlage für die Erarbeitung von Hochwassergefahren-Karten, Hochwasserrisiko-Karten und Hochwasserrisiko-Managementplänen. Die entwickelten Ansätze und Methoden sollen am Beispiel ausgewählter typischer Küstenabschnitte von Nord- und Ostsee angewendet werden. Diese Methodik für eine Schadens- bzw. Risikoanalyse kann als eine wesentliche Grundlage für die Umsetzung der Hochwasserrichtlinie für die deutschen Küstenbereiche dienen.

Link/Kontakt:

<http://www.planeterde.de/Members/huenken/BMBF%20Projekte/horisk>

7.52 COSYNA – Coastal Observing System for Northern and Arctic Seas

Entwicklung und Erprobung synoptischer Analyse-Systeme, die es erlauben, den hydrodynamischen und ökologischen Zustand der Deutschen Bucht in Raum und Zeit zu bestimmen. Es wird erwartet, dass derartige Aufgaben in Wissenswerkzeugen münden, die von Überwachungsbehörden und Interessengruppen sowohl für tägliche Routine als auch in Notfällen angewendet werden können.

7.53 MARSUNO

Bei MARSUNO handelt es sich um ein Pilot-Projekt, das die Integration der Meeresüberwachung in den nördlichen Meeresräumen zum Ziel hat. Das Projekt ist Teil des Aktionsplans der EU-Ostseestrategie - Sicherheit im Ostseeraum. Die Auftaktkonferenz war im März 2010, die Laufzeit des Projektes beträgt zwei Jahre.

Link/Kontakt: www.marsuno.eu

8. Studien, Berichte, Dokumentationen

8.1 Umweltrelevante Fragen der Schifffahrt

Das Umweltbundesamt hat eine Vielzahl von Vorhaben und Gutachten zu seeverkehrsrelevanten Fragen erstellen lassen.

Link/Kontakt: www.umweltbundesamt.de/uba-info-medien/index.htm

8.2 Vorhaben und Gutachten zu Aspekten des Meeresschutzes

Das Umweltbundesamt hat darüber hinaus zahlreiche Vorhaben und Gutachten zu Aspekten des Meeresschutzes vergeben, deren Abschlussberichte in der Bibliothek des UBA verfügbar sind.

Link/Kontakt: www.umweltbundesamt.de/uba-info-medien/index.htm

8.3 Environmentally Sound Fishery Management in Protected Areas (EMPAS)

Vom BfN koordiniertes und vom Internationalen Rat für Meeresforschung (ICES) durchgeführtes Vorhaben „Environmentally Sound Fishery Management in Protected Areas (EMPAS)“ zur Erarbeitung von Fischereimanagementvorschlägen in marinen Natura 2000-Gebieten in der deutschen AWZ.

Link/Kontakt: www.ices.dk/projects/empas.as

8.4 Vorhaben und Gutachten zu naturschutzrelevanten Fragestellungen

Darüber hinaus hat das Bundesamt für Naturschutz zahlreiche Vorhaben und Gutachten zu naturschutzrelevanten Fragestellungen erstellen lassen und gibt die Roten Listen für Nord- und Ostsee heraus.

Link/Kontakt: <http://habitatmare.de/de/forschung.php>

8.5 Studie zur wirtschaftlichen Lage, zu neuen wettbewerblichen Herausforderungen und zur Entwicklung zukunftsfähiger Strukturen der deutschen Schiffbauindustrie

Mitte 2008 wurde die „Studie zur wirtschaftlichen Lage, zu neuen wettbewerblichen Herausforderungen und zur Entwicklung zukunftsfähiger Strukturen der deutschen Schiffbauindustrie“ bei PWC (PricewaterhouseCoopers AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft) und Germanischer Lloyd in Auftrag gegeben. Untersucht werden: Die Entwicklung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der deutschen Werften, die klima- und umweltschutzorientierten Nachfrageentwicklung der maritimen Märkte und daraus entstehende wettbewerbliche Herausforderungen und Chancen der deutschen Schiffbauindustrie sowie die weltweiten Unternehmensstrukturen im Werftenbereich.

Link/Kontakt: www.bmwi.de/BMWi/Navigation/Wirtschaft/branchenfokus

8.6 Stärkung der deutschen meeres-technischen Wirtschaft im internationalen Wettbewerb und Vorbereitung des Nationalen Masterplans Maritime Technologien

Im Mai 2009 wurde an VDI/VDE Innovation + Technik GmbH, Berlin, eine Studie zum Thema „Stärkung der deutschen meeres-technischen Wirtschaft im internationalen Wettbewerb und Vorbereitung des Nationalen Masterplans Maritime Technologien“ in Auftrag gegeben.

Link/Kontakt: www.bmwi.de/BMWi/Navigation/Wirtschaft/branchenfokus

8.7 Dokumentation Nr. 580 „Sechste Nationale Maritime Konferenz 29./30. März 2009“

In sieben Workshops wurden Handlungsempfehlungen erarbeitet und wichtige Impulse zur weiteren Entwicklung der maritimen Wirtschaft gegeben.

Link/Kontakt: www.bmwi.de/BMWi/Navigation/Wirtschaft/nationale-maritime-konferenz

8.8 Jahresberichte des Flottenkommandos „Fakten und Zahlen zur maritimen Abhängigkeit der Bundesrepublik Deutschland“

Zu Beginn des vierten Quartals wird jährlich der Bericht des Flottenkommandos herausgegeben. Dieser enthält eine Zusammenfassung der wichtigsten Daten zu Handel, Seeschifffahrt sowie der maritimen Industrie und Wirtschaft unter dem Aspekt der maritimen Abhängigkeit der Bundesrepublik Deutschland.

Link/Kontakt:

www.marine.de/portal/a/marine/!ut/p/c4/04_SB8K8xLLM9MSSzPy8xBz9CP3l5EyrpHK93MQivdLUpNSi0rxivZTM1JTU0pJi_YJsR0UAA4DUqA!!/

8.9. Land-Oceans Interactions in the Coastal Zone (LOICZ)

Die Untersuchungen zielten auf eine Analyse der Auswirkungen von Off-shore-Windparks in der deutschen Nordsee. In den Forschungsarbeiten wurden nicht nur die Ergebnisse sozial- und naturwissenschaftlicher Untersuchungen, sondern auch der qualitativen empirischen Forschung und der quantitativen Modellierung integriert.

Link/Kontakt: www.loicz.org/products/publication/reports/index

9. Datenbanken, Beobachtung und Überwachung des Meeres

9.1 Google Ocean

Komponente von Google Earth

Link/Kontakt: www.earth.google.com/intl/de/ocean

9.2 EMODNET - European Marine Observation and Data Network.

Link/Kontakt:

www.ec.europa.eu/maritimeaffairs/emodnet/presentations/18june2008/marineboard.pdf

9.3 European Atlas of the Sea.

Link/Kontakt: http://ec.europa.eu/maritimeaffairs/atlas/index_en.htm

9.4 GEOSS - Global Earth Observation System of Systems

Link/Kontakt: www.bmvbs.de/Verkehr/Internationale-Verkehrspolitik/Erdbeobachtung-GMES-GEOSS-,2939.971155/Das-Globale-Erdbeobachtungssys.htm

9.5 EurOcean – Internet portal (www.eurocean.org) Marine Science and Research

Link/Kontakt: www.eurocean.org

9.6 GMES - Global Monitoring for Environment and Security

Link/Kontakt: www.gmes.info

9.7 ECOOP – Integration der europäischen Beobachtungsnetzwerke

Link/Kontakt: www.ecoop.eu

9.8 SeaDataNet – Pan-Europäische Informationsstruktur zum Management mariner Daten

Link/Kontakt: www.sea-search.net/roscop/welcome

9.9 DOD – Deutsches Ozeanographisches Datenzentrum (BSH)

Link/Kontakt: www.bsh.de/de/Meeresdaten/Beobachtungen/DOD-Datenzentrum/Datenanfrage_neu.jsp

9.10 MUDAB – Meeresumweltdatenbank

zentrale Datenbank des Bund/Länder-Messprogramms (Umweltbundesamt und DOD)

Link/Kontakt: www.mudab.de

9.11 Geoseaportal

Geodatenportal des BSH

Link/Kontakt: www.geoseaportal.de oder

www.bsh.de/de/Meeresdaten/Goedaten/index.jsp

9.12 CONTIS

Informationssystem über Nutzungen in Nord- und Ostsee beim BSH

Link/Kontakt: www.bsh.de/de/Meeresnutzung/Wirtschaft/CONTIS-Informationssystem/index.jsp

9.13 Shelf Geo-Explorer

Fachdatenbank des BSH über Meeresgeologie, Baugrundeigenschaften, Sedimentdynamik in Nord- und Ostsee

Link: www.bsh.de/de/Meeresdaten/Geodaten/WMS-Dienste.jsp

9.14 „Integrierte Meerespolitik“

Datenbank und Kommunikationsplattform des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

Link/Kontakt: ref-ws16@bmvbs.bund.de

9.15 CoastDat

In Zeit und Raum hoch aufgelöste Datensätze der vergangenen 50 Jahre von meteorologischen und ozeanographischen Größen für den Nordatlantik inkl. Nord- und Ostsee sowie Szenarien von deren zukünftiger Entwicklung; entwickelt vom Helmholtz-Zentrum Geesthacht

Link/Kontakt: www.coastdat.de.